

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 6.00 Mk. im Voraus.
Durch die Post bezogen
1.05 Mk. zinkl. Postgebühren.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsbeilage)
welche die Post nicht bezieht,
kann separat monatlich 10 Pfg.,
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse:
Vollständigt Halle/Jan.

Arbeiterzeitung

Insertionsgebühren
betragen für die 9 spalten
weiteste Zeile über deren Name
20 Pfennig,
für auswärtsige Anzeigen
25 Pfennig.
Im rezeptionsfreien Falle
kollert die Zeile 75 Pfennig.

Insertate
für die halbe Spalte
müssen mindestens die wochentags
mittags 10 Uhr in den
Expeditoren angegeben sein.

Einlagen in die
Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Barz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Redaktion: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Liberalen Frauen.

Kürzlich haben die liberalen Frauen Deutschlands in der Stadt Frankfurt a. M. eine allgemeine Tagung abgehalten, auf der sie sich über die Lage der liberalen Parteien immer noch nicht für die Gleichberechtigung der Frauen zu haben sind. Sogar die neue, ganz „entfesselte“ liberale „fortschrittliche Volkspartei“ hat es bekanntlich abgesehen, diese Forderung in ihr Programm aufzunehmen. Trotzdem haben die liberalen Frauen wiederum beschlossen, ihre Kräfte „der liberalen Sache zu weihen“, und in einem Aufruf, das Anna Blochow im N. Z. der Tagung mitbrachte, erklärt sie den Liberalismus als „natürlichen Bundesgenossen der Frauenbewegung“ und behauptet: „Dienen die Frauen der Sache des Liberalismus, so dienen sie auch ihrer eigenen Sache.“

Dass die liberalen Damen zu keinem anderen Beschlusse kommen würden, stand von vornherein fest. Wohin wollten sie sich sonst wenden, wenn sie sich politisch betätigen wollten? Entweder Sozialdemokratie? Diese freilich fordert die Gleichberechtigung der Frau nicht nur in Programm, sondern freilich auch mit allen Kräften im politischen Tageskampf. Aber die Damen sind doch zum einmal keine Sozialdemokratinnen, und so wäre es zu einfach unethisch, einer Partei beizutreten, deren Lebenszeugung sie nicht teilen; ganz abgesehen davon, dass die Sozialdemokratie sich für solche Anhänger bedanken muß, die nicht aus Überzeugung, sondern aus Verachtung zu ihr kommen. Die Damen müßten also schon beim Liberalismus bleiben. Und da dies die liberalen Führer wissen, so ist es ein Grund mehr für sie, die Damen mit höchsten Lebensarten abzuspeisen, und vorzüglich nicht für die Gleichberechtigung der Frau zu tun. Sondern nur, daß die liberalen Damen nicht müde werden, die unmögliche Verlangen immer erneut zu stellen, das der Liberalismus doch nicht erfüllen kann, selbst wenn er wollte. Es ist nämlich sehr leicht, die Gleichberechtigung der Frau in eine „selbstverständliche Folge liberaler Grundzüge“ zu erklären, wie man das zu Frankfurt in einer Resolution getan hat. Genüß, auf dem Papier stimmt es ausgemacht. Gleiches Recht für alle ist eine der ursprünglichen Forderungen des Liberalismus, und zu allem“ gehört die Frau so gut wie der Mann. Aber gerade weil dem so ist, muß nachdenkenden Leuten doch auffallen, warum sich denn die liberalen Führer gegen diese „selbstverständliche Folge“ so wehren. Vielleicht sind sie in ihrem Verstand gar nicht liberal, sondern stellen sich nur so? Ein Personenversteht konnte allerdings sehr schnell erkennen, dass es nicht doch ihre gesamte Weltanschauung, das Gock ihrer Parteien hat ja die programmatische Verneinung der Gleichberechtigung der Frauen gutgeheißen. Kann man sich darüber hinwegsetzen durch den Vorwurf des „prinzipiellen Opportunismus“, wie es zu Frankfurt Herr Dr. Wäumer, Herr Marie Hühneke und andere taten — oder muß das nicht vielmehr auf den Gedanken bringen, daß die dauernde Weigerung aus der inneren Natur des Liberalismus wie der bürgerlichen Frauenbewegung fließt?

sich die Frauen überall billiger anbieten. Und so haben wir denn vor 10, 15 Jahren einen Kampf erlebt, der oft geradezu komische Formen annahm. Die Frauen forderten Zutritt zu allen Berufen im Namen der „Gerechtigkeit“, und im Namen derselben „Gerechtigkeit“ widerlegten sich denn die Männer. Nicht etwa weil sie sich in ihrer eigenen materiellen Stellung bedroht fühlten — bewahre! Sondern angeblich nur „um der Frauen selbst willen!“ Das schwache Geschlecht würde so schwerer Arbeit nicht gewachsen sein; die Frauen, die das auf sich nahmen, würden zugrunde gehen oder im geringsten Falle doch nur halbe und Vfschleißarbeit leisten. So und ähnlich waren die Argumente der Männer.

Nun, die bürgerlichen Frauen haben sich dadurch nicht abschrecken lassen, und aus Gründen einer höheren Sittlichkeit wie einer höheren Kultur freuen wir uns, daß sie in dem Kampfe so ziemlich überall Sieger geblieben sind. Sie haben sich die Möglichkeit erobert, mit eigener Arbeit ihr Brot zu verdienen. Aber wie können sie nun, obgleich der Kampf noch nicht einmal beendet ist, sich weigern, wer darin ihr Gegner ist? Wer wenn gingen denn all die Hemmnisse und Hindernisse, die man ihnen in den Weg wirft, fast allein aus? Doch immer von den Männern ihrer eigenen Klasse. Gegen wen brauchen sie denn die Gleichberechtigung, die doch auch wieder eine weitere Stufe in diesem Kampfe sein soll? Gegen die Männer ihrer eigenen Klasse. Und da bilden sie sich im Ernst ein, die liberalen Parteien könnten ihnen dabei helfen! Aber damit würden ja die liberalen Parteien die Kerntruppe ihrer Wählerliste vor den Kopf stoßen! Die Frauen können den liberalen Parteien noch nichts bieten, denn sie haben noch kein Wahlrecht. Sollen nun diese Parteien die männlichen Wähler mit Gewalt aus ihrem Lager jagen, indem sie sich ganz offiziell und lastfährig deren wirtschaftliche Existenz untergraben lassen?

Politische Interaktion werden die bürgerlichen Frauen nun von der Sozialdemokratie erhalten. Und von ihr auf alle Fälle, auch wenn sie den liberalen Wählerliste leisten. Denn wir Sozialdemokraten fordern die Gleichberechtigung der Frau, weil sie notwendig ist für den Klassenkampf des Proletariats. Für uns handelt es sich um die Arbeiterfrau. Die Arbeiterfrau befindet sich in einer ganz anderen Lage als die bürgerliche. Sie kämpft nicht gegen den Mann der eigenen Klasse, sondern zusammen mit ihm gegen die Bedrückungen des Kapitals, unter denen sie beide leiden. In diesen Klassenkampf ist es ein schweres Hindernis, daß die Frauen noch weniger Rechte haben als die Männer; ein Hindernis, das den proletarischen Männern ebenso im Wege steht wie den Frauen. Dieses Hindernis wegzuräumen, muß die Sozialdemokratie unter allen Umständen anstreben, ohne Mühsal, ob sie sich dadurch zugleich den Dank der bürgerlichen Frauen erndt oder nicht.

So ist in Wahrheit die Sozialdemokratie die „natürliche Bundesgenossin“ der Frauenbewegung.

Die Lehren des Kampfes.

Aus Paris wird uns geschrieben: Am 7. Juli des Vorjahres gab der französische Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Barthou, politisch ein sehr gemäßigter Politiker, folgende Erklärung im Senat ab: „Es ist anerkannt, daß die Beamten nicht in Streit treten können... Aber was die Angestellten der Eisenbahnen betrifft, daß meine Herren... was aus der parlamentarischen Konsequenz sein mögen, die Sie aus meinen Worten ziehen können, was Sie auch von meiner Meinung und meiner Stellungnahme denken, die ich sage offen, daß die Angestellten der Eisenbahnen nicht den Beamten assimiliert werden können, sondern daß man sie den Arbeitern der Privatindustrie assimilieren kann und soll.“ (Weil links, Protestkrise im Zentrum und rechts). Ich verheiß ihre Sorgen und es ist meine Pflicht, darauf zu erwidern. Zur Stunde warke ich noch, daß man mir beweist, daß die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnen nicht das Recht haben, in Streit zu treten, daß sie nicht das legale Recht dazu haben...“

Schon 1894 hatte die Deputiertenkammer den Eisenbahnen das Streikrecht ausdrücklich verweigert, ein Recht, wozu die französischen Eisenbahner übrigens oft Gebrauch gemacht haben. Trotzdem war die erste Sorge der französischen Regierung angeht das Eisenbahnerstreik nicht etwa, den Streik durch ihre Vermittlung beizulegen, sondern die Ausübung des Streikrechts unmöglich zu machen. Die Regierung hat also entgegen dem geschriebenen Recht, entgegen ihren eigenen Erklärungen, den Eisenbahnen das Streikrecht genommen. So weil man dieses Streikrecht nehmen kann. Sie ist ebenfalls weiter, viel weiter gegangen, als beim Poststreik, obwohl den Postbeamten das Streikrecht abgeprochen wird. Sie hat sich nicht nur damals, mit der Maßregelung einer Anzahl Streikender begnügt, sondern sie hat die Eisenbahner militarisirt, auf Grund eines Gesetzes, das aus einer Zeit stammt, wo es ein Wahlrecht noch nicht gab und sich auf räuberische Klientel bezieht, entwerfen lassen, das Streikpotenzial, die Ausgabe von Streikverboten und teilweise das Versammlungsrecht unterdrückt. Und sie hat das mit der ausdrücklichen Zustimmung der gesamten bürgerlichen Presse ge-

tan, und unter der schweigenden Zustimmung von neun Mitgliedern der Parlamentsmitglieder.

Das beweist, daß die kapitalistische Gesellschaft — wie schließlich jede Gesellschaft — wenn es ihr an den Lebensnerven geht, wenn die Pufferung ihres sozialen Lebens unterbrochen wird, jede legale Forderung, die sie sich selbst angelegt hat oder die ihr angelegt worden ist, strengt ein, so lange sie die Kraft dazu hat. Und wenn etwas die Lebensnerven des modernen Staates unterbricht, so ist es ein Generalkrieg der Eisenbahner.

Es beweist weiter, daß es nicht so sehr darauf ankommt, ob es ein Streikrecht gibt. Die Postler haben es nicht und haben gestreikt; niemand hat gegen sie einzuschreiten gemagt. Die Eisenbahner haben es, in Frankreich wenigstens, auch in anderen Ländern, und doch ist ihnen das Streikrecht in allen Mitteln unmöglich gemacht worden. Das beweist — und die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen dies gleichfalls, daß ein Eisenbahnerstreik zur Not erfolgreich sein kann — soweit es sich um rein berufliche Forderungen dabei handelt — wenn er partiell ist, das er aber, sowie er allgemein ist, die gesamte Eisenbahn in den Händen hat. Die Organisation der Eisenbahner muß eine unannehme Strafe bedeuten, sie muß sozusagen alle Eisenbahner umfassen, der Staat muß schon sehr vorsichtig sein, wenn die Eisenbahner in einem allgemeinen Streik liegen wollen. Und dann kann der Streik nur von sehr kurzer Dauer sein. Die französischen Eisenbahner hätten zweifellos gestreikt, wenn es ihnen gelungen wäre, den Streik auf allen Bahnen zur gleichen Zeit durchzuführen. Dazu hätte es aber einer weit stärkeren und strafferen Organisation bedurft, es hätten nicht 40 Prozent, sondern die doppelte Zahl organisiert sein müssen. Der Streik hat aber noch etwas anderes gezeigt. Ein allgemeiner Eisenbahnerstreik, auch wenn er nur unvollkommen durchgeführt ist, schafft für die Existenz des modernen Staates eine ganz unannehme Situation, und muß sich zu einer Wache von 100 Millionen der herrschenden und der beherrschten Klasse ausmachen. Dabei spielen Forderungen nur eine untergeordnete Rolle. Die Herrschaft im Staate selbst ist dabei im Spiele. Siegen wird der Stärkere. —

Ansehungsgefühle für die Arbeiter.

Paris, 20. Oktober. In Fortsetzung der Aussprache über den Eisenbahnerstreik und seine Folgen, moderiert heute mehrerer, dem Ministerpräsidenten Briand nachstehende Zeitungen, insbesondere die Action und Radical, Andeutungen, wonach man an eine „Regelung der Wahlrechtsfrage“ der Arbeiter denke, in dem Sinne der Verhütung der Sabotage.

Die Anarchistenhefte.

Reims, 20. Oktober. Die Heftige Polizei fahndet eifrig nach einem Anarchisten namens Dagghe, über welchen desinteressierten Material wegen „Sabotage“ vorliegt. Die Polizei verhaftete im Wohnhause einen anderen Anarchisten, der ebenfalls an Anschlüssen gegen die Bahnen beteiligt gewesen sein soll.

Paris, 20. Oktober. Die Zahl der ausständigen Elektriker betrug für Paris 700, die Zahl der ausständigen Maurer 3500.

Die Mobilisierung der Eisenbahngesellschaften.

Scheint auch nicht das absolut sichere Mittel zu sein, das sich die Mäler dieses Gedankens haben verschrieben. Wie die Humanität mit absoluter Sicherheit mittel, haben nicht weniger als 15 000 der zu den Bahnen Einberufenen sich um die Bahnung nicht gekümmert. Dies nur auf dem Weg der Nordbahn. Jedenfalls ist die Degradierung der Arme zum Streikbrecherwerdung auf die Dauer ein besseres Mittel zum Ruin des Militärsystems als der Arbeiterbewegung.

Unklugheiten im Ministerium Briand.

Paris, 21. Oktober. Aus dem gestrigen Ministerrat wird erzählt, daß es zwischen dem Arbeitsminister Viviani und seinen Kollegen wegen gewisser Sozialkommissee bei der letzten Eisenbahnerkrisis zu Auseinandersetzungen gekommen wäre, die beinahe zur Demission des Ministers Viviani geführt hätten. Vorläufig bleibt Viviani im Ministerium. Er macht seine ferneren Entschlüsse von der Haltung der Kammer abhängig.

Anreizung zum Staatsstreich.

Konervative fordern ein „Reichshaus“ gegen die „rote Flut“.

Der Reichsbote, ein in Potsdam und Berlin hofreien besonders beliebtes und einflussreiches Blatt, läßt seit einiger Zeit kaum einen Tag vergehen, ohne zur gewalttätigen Förderung der Verfassung des Reiches aufzufordern. Der Reichsbote hat nämlich die Erklärung gemacht, daß durch Schaffung eines Reichshausbauwerks der Einfluss des Reichstages, d. h. des allgemeinen Wahlrechts und der Sozialdemokratie beseitigt werden könnte, ohne daß das Wahlrecht selbst deswegen geändert zu werden brauchte. Da er nun voraussetzt, daß die Einführung keine Aussicht hat, aufgegeben, verfassungsmäßig Wege vorschlägt zu werden, so schlägt er einen Staatsstreich vor, das

Reichsoberhaus soll durch Vererbung ins Leben ge-
wehrt werden, und ferner die Veränderung der Verfassung ge-
stättigt. Der Reichstag aber mag dann sein, wo er bleibt!
In seiner neuesten Nummer beschäftigt sich nun das kon-
servative Blatt mit den Einwürfen, die von verschiedenen
Seiten gegen seinen hochvertraulichen Plan erhoben worden
sind.

Selbstverständlich wurde darauf hingewiesen, daß die ver-
bündeten Regierungen, ohne deren Zustimmung kein Beschluß
des Reichstages Gesetzkraft erlangen kann, ohnehin schon die
Funktion eines Oberhauses oder einer ersten Kammer aus-
üben, daß also, selbst vom Standpunkt der Gegner des all-
gemeinen Stimmrechts, eine neue Kontrollinstanz gar nicht
nödig sei. Der Reichsbote erweist sich in diesem Punkte aber
völlig unbedarft, denn sein Plan geht dahin, daß Beschlüsse
des neuzubildenden „Oberhauses“ Gesetzkraft erhalten sollen,
wenn ihnen nur der Bundesrat zustimmt. Seine Ansicht geht
nicht dahin, den Reichstag zu kontrollieren, sondern ihn tat-
sächlich auszuhalten.

Am interessantesten aber ist zu sehen, mit welcher Gemüts-
ruhe sich das konservative Oppositionsblatt mit dem Vorwurf
auseinandersetzt, es fordert zu verfassungswidrigen, ungesetz-
lichen, verbrecherischen Handlungen auf. Man sieht an seinem
Verhalten deutlich, wie ein frecher Schwindler es ist, wenn sich
die Konfessionen als die Vertreter der Gesetzlichkeit aus-
spielen, für diese Verhältnisse gibt es kein Gesetz als ihre
Billigung und ihr Interesse. Der Reichsbote schreibt also ganz
kühnlich:

Wenn die Demokraten von dem Wort „Staatsstreik“ auf
den Mägen fallen, so ist in unserem Artikel deutlich gesagt,
daß darunter nur das Eingreifen der Revolution zu verstehen ist,
wenn der Zweck andere Wege nicht zu erreichen ist. In die
Reform ist, und durch die Verhältnisse zum Besten des
Reiches geboten, so darf der Widerspruch des Reichstages
dann ebensowenig ein unabänderliches Hindernis sein, wie
dann, wenn er notwendige Militärvorlagen verweigert. Es ist
kein Verbrechen, wenn die Regierung notwendige Reformen
gegen und ohne den Reichstag, weil er sich harmnädig ohne
sachlich haltbare Gründe widersetzt, durch eigenes Ein-
greifen, wozu sie ihre für den Staat verantwortliche Stellung
berechtigt, durchführt. Gemäß soll die Regierung die Be-
stimmungen der Verfassung und auch die Rechte und Kompetenzen
des Reichstages gewissenlos verletzen, aber es kommt
dabei hier (nämlich, wenn sich der Reichstag weigert zu-
gunsten eines Reichsoberhauses als gesetzgebende Körperschaft
abzusenden! D. Red.) um einen Konflikt, den der
Reichstag herbeiführt, der wegen seiner harmnädigen Oppo-
sition nicht zu lösen ist. In solchen Fällen muß die Regie-
rung sich sagen: Alle Achtung vor dem Reichstag, aber höher
als er steht das Volk und sein Wohl. Bei der fortschreiten-
den Macht der Sozialdemokratie kann die Regierung schon
bald in eine solche Lage verfallen werden.

Auch der Verfasser des ersten Staatsstreikartikels des
Reichsbotes, der als Dr. G. zeichnet, nimmt noch einmal das
Wort zum für sein Projekt Stimmung zu machen. Auch er
weist sich mit dem Vorwurf der Ungesetzlichkeit ausgesprochen
abfindend, indem er schreibt:

Will man eine ad hoc im Namen der verbündeten Regie-
rungen ergebene parlamentarische Verordnung einen Staatsstreik
nennen, so wäre es jedenfalls ein solcher im besten Sinne...
Ein solcher nur aus Mangel an die verfassungsmäßig er-
strebte Reichsoberhaus ist Wert geleistet. „Staatsstreik“
liege sich vor dem Richterstuhl der Geschichte ganz gewiß
rechtfertigen.

Vor dem Richterstuhl der Geschichte! Vor dem rechtfertigt
sich aber auch, was nach dem Versuch eines Staatsstreikes
in Deutschland folgen würde, ebensowenig, wie sich die beiden
englischen, die drei französischen Revolutionen, die juna-
merikanische und portugiesische Revolution vor ihm rechtfertigen.
Vor dem Gesetz aber lassen sich die Pläne und Absichten der
Konfessionen, die ja in den Ergüssen des Reichsbotes nicht
erstmalig in Erscheinung treten, auf keinen Fall rechtfertigen.
Nach dem Gesetz hat der, der es unternimmt, die Verfassung
des Reiches gemäßen zu ändern, wegen des Ver-
trags lebenslängliche Haftstrafe oder lebenslängliche
Zuchthausstrafe verdient. Für die Urheber des Staatsstreikes,
den der Reichsbote propagiert, kann nach dem Gesetz jedoch
auf keinen Fall Zuchthausstrafe sondern nur Zuchthausstrafe in Ver-
stracht, die zu verhängen ist, wenn das Verbrechen aus „sch-
werer Gefährdung“ begangen wurde.

Wohlgemerkt ist die Stimmung dieser Leute, die die Sozial-
demokratie täglich im Namen des Reichs und des Gesetzes
heben, verlogen und demütigend, weil die Sozialdemokratie
— angeblich — gestatteten Umsturz plant. Sie selber

jedoch predigen den gewalttätigen Umsturz un-
geschont und unabweisbar auf offenem
Markte. Aber natürlich ist ihr Umsturz besser, edler, men-
schenfreundlicher als der unsere oder uns zugehobene, gilt
er doch dem Zweck, die preußisch-österreichische Junker-
herrschaft im Deutschen Reich zu beseitigen, das deutsche
Volk unter die Regierung einer Völkervereinigung, ähnlich dem
preussischen Herrschaft zu bringen, und der ich jedes Mittel
reist. Es sind noch immer dieselben, die einst die Theorie ent-
wickelten, ein König würde aus seinen Eid brechen, da er das
doch nur nach Gottes Willen tue, dieselben, von denen Marx
vor 60 Jahren schrieb: ... die rassistischen Terroristen, die
Terroristen von Gottes- und Menschenhagen, in der Praxis sind
sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, zweigüngig,
verfälscht, in beiden Beziehungen erblos!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 21. Oktober 1910.

Der Wahnsinn der Flottenrüstungen.

Die britische Admiralität gibt ein Weichbild heraus über die
Flottenausgaben der verschiedenen Großmächte und führt fol-
gende Zahlen an:

Veranschlagte Kosten für 1910-11:	
Großbritannien	820 074 000 Mk.
Frankreich	303 400 000 „
Deutschland	430 000 000 „
Italien	148 000 000 „
Verenigte Staaten	555 000 000 „
Japan	153 870 000 „
Rußland	196 475 000 „
Neue Schiffe und Kanonen für 1910-11:	
Großbritannien	302 000 000 Mk.
Frankreich	100 000 000 „
Deutschland	230 000 000 „
Italien	44 000 000 „
Verenigte Staaten	400 000 000 „
Japan	64 000 000 „
Rußland	29 000 000 „

Im jedoch einen genauen Vergleich anstellen zu können, ist
es notwendig, von der Summe für Großbritannien für Küsten-
schiffe, Marine- und Dampfschiffbaukosten 77 660 000 Mk. abzu-
ziehen, da in den Kostenveranschlagungen für die fremden
Mächte für diese Zwecke kein Betrag angeführt ist. Im Jahre
1909-10 betragen die veranschlagten Marineausgaben Eng-
lands 723 700 000 Mk., nur das Jahr 1904-05 war fast 1901 das
einzigste Jahr, das eine annähernd gleich hohe Differenz auf-
wies hat wie 1910-11. Die Ausgaben für die französische
Marine bewegten sich in den Jahren 1901 bis 1909 auf durch-
schnittlich 250 Millionen Mk. Im letzten Jahre hatte Frank-
reich Schiffe mit einem Gesamttonnage von 96 308 Tonn
neu einstellt, was das Doppelte von dem ausmacht, was in
irgendwelchem der vergangenen Jahre eingestellt worden ist.
Deutschlands Ausgaben stiegen allmählich von 190 Millionen
in 1901 auf 300 Millionen Mk im letzten Jahre. Die Ver-
einigten Staaten geben für ihre Marine im Jahre 1901 etwa
325 Millionen Mk aus, während der Betrag im letzten Jahre
ungefähr 400 Millionen Mk ausmachte. — Milliarden werden
den in den Mächten in jedem Jahre für Rüstungen zur See
ausgegeben, während für die wichtigsten Kulturstaaten das
Geld fehlt. Und rapid steigen die Ausgaben von Jahr zu
Jahr. Um so notwendiger ist es, die Regierungen zu zwingen,
sich wegen der Beschränkung der Rüstungen zu verständigen.

Neue Beamtenschaftsregelungen!

Die Beamtenschaftsregelungen in Hannover, die begannen,
als Beamte für die politischen Kandidaten bei den letzten Stadt-
verordnetenwahlen eintraten, dauern an. Neuerdings sind 25
Beamte der oberständlichen Eisenbahndirektion, die
Anspruch auf die „25jährige Dienstauszeichnung“
hatten, laut ihnen zugewiesenen schriftlichen Bescheides der Dienst-
aufsichtsbekörderung dieser Auszeichnung „wegen mangeln-
den Staatsinteresses“ auf je ein Jahr zurückge-
setzt worden.

Die Verweigerung der „Dienstauszeichnung“ ist zwar mate-
riell nicht fernerhaft, behält den preussischen Beamten aber
wieder, daß sie als völlig rechtliche Subjekte eingestuft werden,
die auch nicht die leiseste Freiheit im Denken oder Handeln
gewährt bekommen, die dem System und dem „Vorgesetzten“

nicht paßt. Man mache nur folgende Beispiele! Auch hier
wird schließlich einmal das Wort zur Wahrheit werden: allzu
schon macht schartig.

Verzweiflungsfrei!

Die Vertriebenen stellen machen ihrer Furcht und ihrem
Schrecken vor dem Horn des Volkes in weiden Verzweiflungs-
schreien Luft. Die einen rufen nach Justizvollstreckungen gegen die
Arbeiterklasse — das sind die ganz Bornierten. Die anderen,
die „Schläuen“, möchten durch angesehene Männer, die man
in die Regierung und die Verwaltung berufen sollte, die
Vollstrecken verhindern, das heißt über ihre Wort hin in ge-
täu fügen. Aus Berlin berichtet Dörfling Bureau:

„Die liberale Berliner Morgenpost veröffentlicht heute einen
Artikel, der geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Der Artikel
hänft an die Inhaftierung an, die in weiden Berliner
Kreisen gegen die Stadtverwaltung besteht. Dieser Un-
zufriedenheit, die schließlich zur Gleichgültigkeit gegen die Selbst-
verwaltung, führen könnte, müßte bei der nächsten Ober-
bürgermeisterwahl durch die Auffstellung eines Mannes
von bedeutenden Qualitäten Rechnung getragen werden. Berlin
bisheriger Oberbürgermeister, Herr Kistner, habe bereits
erklärt, daß er eine etwa auf ihn fallende Wiederwahl nicht
annehmen werde. An seine Stelle schlägt als neuen Ober-
bürgermeister die Morgenpost niemand anders als — Werner
Hardernburg, den früheren Staatssekretär im Reichs-
kolonialamt, der, weil hier bei der Berliner Bürgererschaft die
Alerpopulärste Erscheinung ist.“

Das liberale Blatt vergißt erstens, daß die Regierung das
Verhängnis für die für die „Selbstverwaltung“
gewählten Bürgermeister hat, zweitens, daß „Alerpopuläre“
Ercheinungen an der erst kapitalistischen Verwaltung
der Kommune gar nichts ändern können. Man weiß doch aus
Erfahrung und sieht es jeden Tag, daß gerade liberale
Stadtverwaltungen die rühdändigsten, borniertesten
und den Arbeitern gegenüber die brutalsten Herrschafts-
institutionen des kapitalistischen Systems sind.
Als Verzweiflungsfrei der Herrschenden mag die liberale
Stimme immerhin registriert sein.

„Politische Strolche.“

Die Presse der Reaktion, allen voran das „bornahme“ Regie-
rungsorgan des Herrn v. Bethmann Hollweg, die
Nordd. Allgem. Zeitung, bringen einen gleichlauten
Artikel, in dem in der jetzt Mode gewordenen rüben Weise
gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften und vor-
nehmlich gegen den Zentralverband der Berliner Bürgererschaft die
Verurteilung herbeiführt, weil diese „ununterstützt“ sei, also
vermutlich von der Polizei oder vom Reichsverband gegen die
Sozialdemokratie. Nachdem die „Sünden“ des Transport-
arbeiterverbandes aufgeführt sind, heißt es:

„Man wird mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln den
sozialdemokratischen Ausschreitungen begegnen und politi-
schen Strafen das gemeingefährliche Handwerk legen
müssen, um Vorgänge, wie in Roßau, zu vermeiden. Biele-
schäft kann man schon mit den bestehenden Gesetzen bei der
ersten Ausbreitung von Streikposten in einem Betriebe
das Streikpostenfischen in diesen Betrieben für die ganze
Dauer des Ausstandes verbieten und dann noch vorläufig
sonstige Strafmassnahmen mit allem Nachdruck ahnden.“

Die „bornahme Kampfsart“ der patentierten nationalen
Ordnungsbekörderung läßt kaum noch was zu wünschen übrig.
Diese tägliche Hebe für ein neues Zuchthausgesetz gegen die
Streikführer und Streikposten wird sich schließlich doch wohl
auf Regierungsvorlägen beruhen. Anzwischen könnte man
es ja einmal versuchen, das Streikpostenfischen nach aus-
brochenem Streik sofort „zu verbieten“ — es käme dann auf
den „Grundbau“ hinaus: „Das Streikpostenfischen ist erlaubt,
nur während eines Streiks ist es verboten!“ Seine Abweh-
r könnte in Daldorf ausgeübt werden sein!

Die Ordnung steht Streikposten!

In der gegenwärtigen Schaffmacherei, die die Arbeiter-
bewegung unter ein Zuchthausgesetz stellen und die Streikposten
als schwere Verbrecher behandeln sehen möchte, ist die folgende
eigene Episode von besonderem Interesse: In dem kleinen aber
industriereichen Dorfe Olsdabach bei Wellerbach im Schwarzgau
(Schäringen) belanden sich im letzten Sommer die Folge-
arbeiter im Viehhof der Dorfschaffmacherei, der als
solcher jährlich 140 Mark als Entschädigung für seine Miß-
erhalt, freite mit, und betrieblige sich auch, wenn er an die
Reihe kam, mit am Streikpostenfischen. Dafür wurde

19) Kraft. (Nachdr. verb.)

Roman von Fritz Hartner.

Von Tenuis bestieg das Untersuchungsgeheimnis in heiterer
Stimmung. Wenn die Familie des Vaters kein Adellied hatte,
wenn der Pole selbst seitlich zu wenig unter dem Vorderbauch
litt, dann konnte sich der Rechtsanwalt über den einzigen
Menschen bezüßigen, dem er Unrecht tat. Es blieb dann nur
noch der Staat übrig, das Recht, die menschliche Gerechtigkeit,
Große Worte, langhohle Worte, alte Worte. Aber Worte nur,
Worte, die keine Herzen und kein Blut hatten, denen man
nicht weh tun konnte, die keine Schmerzen litten, an denen eine
Sünde gar nicht möglich war. Da! Wenn dann Tenuis in
seinem großen französischen-deutschen Wörterbuch irgendwo ein
Wort machte, Worte auseinander riß, von schädigerer? Wer
sahste auf? Mit Worten wollte er schon fertig werden. Vor
Worten fürchtete er sich zu wenig wie vor anderen Ge-
spenstern.

Am nächsten Sonntag wanderte von Tenuis nach dem
Grunenwald hinaus, an die Arbeitsstätte der Wasserpolizei.
Dort wollte er den Meister aufsuchen, der Herr der Ge-
schickten lassen, ein Mann nachzusehen juchen und nebenbei über
Zwardts Friedenauer Beziehungen Nachrichten sammeln. Er
sah sich zum Bahnhof Galenje und ludte dann, die er sich
fertigen Strafen der Milizenkolonie hin und her ab, bis er sich
nach einer halben Stunde auf den richtigen Weg weisen lassen
konnte.

Etwas oberhalb von der geordneten Straße der Kolonie waren
die politischen Arbeiter jetzt daran, drüben nicht weit von dem
Grunenwald-Walden einer der Renns, wie die kleinen Moräste
hier heißen zu einem See auszugraben. Von Tenuis war
nicht der Einzige, der die interessante Arbeitstätte auf-
suchte.

Wo von der Bahnstraße ein kleiner steiler Abhang zum
Sumpf hinunterführte, da hatten sich die Polen etwa zwanzig
Erdbäuden errichtet. Dobe mossenbachene Kiefernarme
schloßen das Terrain ab. Der Waldboden war mit
beglitztem Bindharde und mit fleinblättrigen Erdbeg-
rennt bedekt. Nicht am Ufer des künftigen Sees saßen sich die
Hütten oder Höhlen hin. Ein paar Föhren waren überall in
die Erde getrieben. Von Fleißig und dünnen Stangen war
nordwärts ein Dach hergestellt und es garte war mit Sand
Sand und Stampfer überküttelt, wie es die Leute eben zur
Sand hatten.

Es war kurz vor zwölf Uhr, und die Polen bereiten ihr
Mittagessen. Vor jeder der Höhlen war im Freien hoch zwei
lose Stangen ein Feuerloch errichtet und das Holz der
Heißfeuerer, in Töpfen und Becheln die Kartoffeln.
Die Arbeiter lagen und saßen größtenteils im Freien herum,
einige der harten frohlichen Weiber mit roten Kopftüchern
und weißen Schürzen sonntagslich gepußt.

Das Sonnenlicht lag warm und still über der Waldesam-
keit, die ersten kleinen flackernden Lichter in den dunklen
Wäldern in den blauen Himmel, sein Licht rührte sich und
zu eng begrenzten die kleinen Anhöhen das seltsame Bild, das
man sich fern von jedem läßtlichen Ansehen hätte fühlen
konnen, wenn nicht von Zeit zu Zeit Eisenbahndeckel
über die nahen Schienen gerollt waren und wenn nicht neu-
erliche Berliner zuletzt genug den Weg hierher gefunden
hätten. Die einen raubaltig mit schlechten Wigen, die da
und dort von den lungenblenden Polen lustig oder unflätig er-
widert wurden, die anderen in fächerer Bewunderung vor sol-
cher Barbarei dicht an den Toren der Sumpflüden.

Von Tenuis fragte einen hübsch gezeichneten Polen nach
dem Meister. Der Anderere war es selbst. Er nannte sich
Schaffart und führte den Rechtsanwalt, als er Namen, Stand
und Ansehen gehört hatte, Achtungsbewußt in seine eigene Erdbütte.
Es war die erste in der Reihe und zeichnete sich vor den an-
deren aus wie das Schulzenhaus im Dorf. Der Meister hatte
zwei Kinder, ein Knädelchen, verlobte und verlobte Ge-
wehre in sein Dach eingezählt und konnte einen Herz aus vier
Pfeilen und einem verbrannten Eisenrost im Anern anbrin-
gen. Seine Aniaide hatte zwei Glasfenster von der Größe
eines Schulheutes und ein großes, allerdings zerbrochenes
Fenster in der drittel. Diefen drei bis hohle einen sehr
schicklichen Schloß und neben dem Schloß ein foliertes Hei-
genhäut. Eine Mutter Gottes mit den heben Schwärmern.

Der Meister, der in der Kantine essen ging und seine Güte
allein bewachte, lud den Gast freundlich ein, näher zu treten.

„Am Sonntag esse ich nicht mit den Anderen. Am Sonntag
esse ich ein eins, wie die kleinen Leute.“
Er schien ein wichtiger und achtungsbekender Mann zu
sein. Das Geld für die Frau der Zwardts kam er zuerst
entgegen und füllte auf der Stelle die nötige Postenweisung
aus. Als aber von Tenuis den wichtigsten Grund seines Be-
suches mitteilte, daß er der Verteidiger des Angeklagten sei,
daß er an dessen Unschuld glaube und daß er Stärker über seine
Unschuldbeweise erfahren wollte, — da wurde der Meister wieder
mütraulisch.

„Deren Sie, Herr, es sind schon zwei vom Kriminal bage-“

wesen. Nichts haben wir ihnen gesagt, nicht ein Sterbens-
wort.“

Von Tenuis suchte dem Manne begreiflich zu machen, daß
ein unentschiedenes Angeklagte jede Verurteilung nur schaden
konne, daß man den Kriminalbeamten in diesem Falle seine
Auskunft verweigern sollte. Da denn Herr Schaffart nicht
aus der Unschuld des Zwardts übergeht?

„Der, gnädiger Herr? Nicht eine Wange schlägt der tot. Aber
das verheißt Sie nicht. Kriminal ist Kriminal. Kriminal
wird mich gelagt.“

Von Tenuis gab es auf, den Meister aufzuklären; aber ihm,
dem Verteidiger, konnte man doch vertrauen.

Das verheißt Sie nicht, gnädiger Herr. Wohlolan sind
auch vom Kriminal. Und dann die vom Kriminal lagen ja
nicht erblich, was sie sind. Vielleicht sind Sie auch einer.“

„Und der Meister blidte seinen Kopf lange und scharf an.
„Nein“, sagte er endlich. „Vom Kriminal sind Sie nicht.
Das Geld und dann sehen Sie ganz gewöhnlich aus. Aber
ich sage doch nichts. Wissen Sie, gnädiger Herr, weil ich der
Meister bin. Ich muß auf meine Leute sehen. Aber der
Zwardts hat gute Freunde hier, wo er gewohnt hat zusammen
leben Sie zu die. Ehne mit. Es ist die fünfte Schwalbe
von hier. Sie können zählen oder Sie können sie auch an
heiligen Georg erkennen. Es ist ein heiliger Georg auf der
Zür. Und noch eine nachte Prinzessin.“

Von Tenuis empfahl sich und machte mit dem Meister ab, daß
die Frau des Zwardts bis zur ficheren Freilassung des Mannes
regelmäßig die fünf Euro erhalten soll. Von Tenuis würde
eine Summe bei der Nahe anweisen, wo der Meister alle vier-
zehn Tage die Löhning für die Arbeiter holte. Dann ging er
ins freie und der Hüte seines Anitens zu. Als ein Gast des
Meisters wurde er überall höflich begrüßt und da und dort in
schicklichen Deutsch als Herr Zwardts angebetet. Er be-
trachte neugierig die kleinen Hütten mit ihrem armigen
Geduld und fand nach wenigen Schritten die gewünschte. Sie hatte
eine Holzstube ohne Schloß, als Verzierung eine zerbrochene
Heine Glasfenster, darunter einen Sockelstein nach der milo-
nischen Remus, aus irgend einer Buchhalterentzage ausge-
schrieben. Deutsch als Herr Zwardts unter der Hand eines ober-
berrlichen Ritter Georg auf einem weißen Pferde, der mit einer goldenen
Lanze den grünen Drachen erlegte. Vor dieser Güte standen
drei junge Männer und zwei robuste Weiber um einen alten
Eisenstiel, in dem das Wasser fließte.

(Fortsetzung folgt.)

er in ein höchstweites Verfahren verwickelt, das mit folgender Verfügung des schwarzburg-rudolstadtischen Landrats amtes seinen Anfang fand:

An Herrn Schultheiß R. in Glasbach!

Unter Bezugnahme auf die am 27. Juni 1910 hier mit Ihnen gepflegte Verhandlung teile ich Ihnen mit, daß das künftige Ministerium mit Rücksicht auf die in Glasbach beschriebenen eigenartigen Verhältnisse davon absteht, Sie wegen Ihrer Beteiligung am Streitposten Ihres Amtes als Gemeindevorstand zu entlassen. Ihr Verhalten stellt sich aber als eine Ordnungswidrigkeit dar, durch die Sie die Ihnen als Schultheiß, und insbesondere auch als Verwalter der Polizeigenossenschaft, obliegenden Pflichten so gravös verstoßen haben, daß es nicht angeht, Sie zu belassen. Sie werden deshalb hiermit auf Grund des Art. 133 der Gemeindeordnung vom 9. Juni 1876 in eine Ordnungswidrigkeitsstrafe von 20 Mark genommen, welche bei Ermüdung der amvorigen Beitreibung innerhalb 14 Tagen an die Sportellasse des Landratsamtes zu zahlen ist.

Königsle, den 20. September 1910.

Der Fürstl. Landrat Dr. Anstath.

Die „Rücksicht auf die in Glasbach bestehenden eigenartigen Verhältnisse“ besteht darin, daß der Herr Landrat keinen anderen geeigneten Ortsvorsteher fand, um den alten Maßregeln zu folgen. Daß ein Staat, in dem sogar der Zuhörer der Ortspolizeigenossenschaft, der Vertreter der heiligen Ordnung, schon Streithörsen sein, zugrunde gehen muß, ist ja selbstverständlich. Also: Zuchttauglichkeit her!

Eine Gewerkschaft der Himmelsinstrumente?

Bei einer Galafest, die der Großherzog von Mecklenburg zu Ehren seines Gastes, des Königs von Sachsen, gab, hielt Friedrich August von Sachsen eine Rede, in der er sagte: „Er hoffe, daß er in Zukunft die Freundschaft zwischen beiden Häusern erhalten bleibe; müßten doch in gegenwärtiger Zeit die deutschen Bundesfürsten treu zusammenstehen.“

Was mag August von Sachsen damit gemeint haben? Ob ihm die Vorgänge in Portugal vorwärtswehen? Ob er an den Ausfall der sächsischen Landtagswahlen dachte, die „seinem“ Landtage 25 Sozialdemokraten auf einen Stuhl besetzte, oder ob er an das Ergebnis der künftigen Reichstagswahlen gedacht haben mag? August von Sachsen war es ja, der am Abend des 25. Januar 1907, als ihm die „nationalen“ Wahlergebnisse der Parlamenten bekannt gegeben wurden, ausrief: „Es ist jetzt eine Zeit zu leben!“ Vielleicht hat ihm seine Rede von dem Umschwung der Stimmung der Wählermassen in Sachsen Mitteilung gemacht haben, die ihm die Zukunft in einem besonders rosenigen Lichte erscheinen lassen. Immerhin kommt es nicht alle Tage vor, daß ein Fürst dem anderen in dieser offenen Weise Solidarität predigt. Man lernt wohl von der Arbeiterklasse? Schließlich erleben wir noch eine (selbstverständlich internationale) Gewerkschaft der Instrumente des Herrn.

Deutschland ist Rußland.

Das „liberale“ Wesen ist eine russische Provinz geworden. Der Standal von Friedberg wird immer toller. Auf den Straßen in der Nähe der Jarenfestung darf sich heute kein deutscher Staatsbürger mehr blicken lassen, wenn er nicht seine Arretur durch die zum Schutze des Königsaren besoldeten „Gentlemen“ und „Lumpen“, wenn nicht telegelange Einschloßung riskieren will. So wird jetzt der Frankfurter Zeitung geschrieben:

Es ist ungläublich, welchen Unannehmlichkeiten man jetzt in Friedberg ausgesetzt ist. Mein Reisender hatte die Friedberger Gegend zu besuchen und wollte per Rad vormittags gegen 10 Uhr nach Dornheim fahren. Vor ihm gingen drei Herren auf der Landstraße spazieren. Hinter ihnen er herfuhr. Als er gerade im Begriffe war, die Herren zu überholen, wurde er plötzlich von zwei Männern gepackt. Es waren zwei Geheimpolizisten, die sich nun seiner annahmten. Ob er denn nicht wolle, daß hier die hohen Herren spazieren gingen, und daß es der russische Kaiser nicht liege, wenn andere Leute in seiner Nähe wären. Obgleich mein Reisender sich genügen legitimieren konnte, mußte er sich mit den beiden Beamten nach Friedberg zurückbegeben. Im Arrestlokal wurde er nochmals vernommen, mußte dort 4-5 Stunden bleiben, dann mit einem Herrn nach Frankfurt fahren und dort seine Militärpapiere vorzeigen. Erst dann kam der eifrige Beamte zu der Erkenntnis, daß von meinem Reisenden nichts Unrechtes dröhte. Der junge Mann konnte seine Fahrt wieder fortsetzen, hatte aber die besten Geschäftstagen während des ganzen Tages wegen der unnützen Verformung um die Sicherheit des Jaren verjättern müssen.

Beil das mutige Väterchen mit dem guten Gewissen in jedem Sterblichen einen Revolutionär erblickt, der ihm nach dem Leben trachtet, wird die ganze Gegend abgeperrt und die Bevölkerung in Arrest gesteckt. Schlimmer kann es die Polizei in der Heimat des gekrönten Herrschers auch nicht treiben.

Deutsches Reich.

— **Wichtiges Fleisch in —** Rußland. Jenseits der Grenze sind die Fleischpreise gegenwärtig außerordentlich niedrig. Es kosten, wie die Deutsche Fleischergeweltung meldet, Schweinefleisch 35 Pf., Schöpferfleisch 30 Pf., Kalbfleisch 10 bis 20 Pf., Rindfleisch 20 Pf.

— **Sozialdemokratische Interpellationen.** Nach einer Mitteilung eines Fraktionsmitgliedes wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zunächst Interpellationen einreichen wegen der Königsberger Kaiserrede und der Fleischsteuerung.

— **Ueberflüssiger Schwanz.** Die Nationalliberale Korrespondenz bringt eine recht amüsante Mitteilung. In der letzten Zeit ist nämlich behauptet worden, Herr v. Bethmann Hollweg habe dem Abg. Johannsen gesagt, er gehöre viel eher zu den National Liberalen, als zu den Freikonserverbaten. Die Nationalliberale Korrespondenz ist nun „ermächtigt“, richtigzustellen, daß der Kanzler weder diese, noch eine ähnliche Äußerung über seine persönliche Stellung zu bestimmten Parteien getan hat.

Wenn jemals ein Geschänd überflüssig war, dann dieses. Kein Mensch, dessen Gehirn nicht völlig verfanzt ist, konnte auch nur einen Moment daran glauben, daß ein solcher Ersatzkandidat wie Herr von Bethmann Hollweg liberal angesehen sein könnte, wenn auch nur in der verworrenen und verblöhten Färbung der National Liberalen.

England.

Die **Postentreiber an der Arbeit.**

London, 20. Oktober. Der Führer der Konservativen, Balfour, wies in einer gestern in Glasgow gehaltenen Rede auf die Minderung in der Seemannsbesoldung Großbritanniens hin, die er als verhängnisvoll bezeichnete. Um Raum von Kriegsschiffen sei während der beiden unheilvollen Jahre des Parlaments eine betragsmäßige Besatzung eingetrent. Er könne die gegenwärtige Seemannschaft nicht begreifen. Der englischen Seemacht im Bau von Kriegsschiffen müsse unter allen Umständen gründlich und unverzüglich abgeholfen werden. Wenn England nicht infolge die, aus den laufenden Finanzmitteln Abhilfe zu schaffen, so müsse es sich die erforderlichen Mittel durch eine Anleihe verschaffen. Andere Länder müßten die Ueberzeugung gewinnen, daß trotz aller Parteikämpfe die Nation fest entschlossen sei, für die Aufrechterhaltung ihrer Macht und die Erfüllung ihrer nationalen Pflichten den letzten Schilling und letzten Mann zu opfern.

Schweiz.

Der **Selbstmord Lucerns.**

Wir brachten gestern die kurze Notiz, daß sich der italienische Anarchist Lucchini in Genf in seiner Zelle erhängt habe. Der angebliche Selbstmord ist nun unter so eigentümlichen Umständen erfolgt, daß man den Einbruch erbält, daß man es in Lucchini mit einem Menschen zu tun habe, der schon fast 30 Jahre gefesselt war, ja den Werd an der österreichischen Kaiserin wahrscheinlich in einem Unfall von Geistesgeistesheit und nicht als „Anarchist“ begangen hat. In den letzten Wochen hat Lucchini überhaupt oft an Selbstmordgedanken gelitten und man hatte ihn bis Montag vormittag wegen eines Wutanfalls in einer Strichzelle des Zuchthausfellers untergebracht. Mittwoch hörte man ihn den ganzen Nachmittag singen. Als er gegen 6 Uhr abends verurteilt wurde, blühten die Wärter die Zellen und fanden Lucchini tot. Er hatte sich mit seinem Selbstmord an der Luftströmung erhängt. Die Ueberlebenden der Zelle des Gefangenen waren verriegelt. So heißt es in einer ergänzenden Meldung. Unausgespart bleibt allerdings, wie es möglich war, daß sich der so scharf bewachte Gefangene entziehen konnte. Ebenso würde die verantwortliche Schweizer Behörde darüber Auskunft zu geben haben, warum die Lucchini nicht schon längst einer Irrenanstalt überwiehen hat, wohin er nicht nur nach unserer Meinung, sondern auch nach der des gegenwärtigen Steier des Hauses Zuchthaus gehört hätte. Hat doch der Direktor des Zuchthaus zu einem Journalisten geäußert: Nach meiner Ueberzeugung ist Lucchini wahnsinnig, und ich habe ihn in meinen Zellen und hinter Lucchini tot. Er hatte sich mit seinem Selbstmord an der Luftströmung erhängt. Seine neuesten Tat scheint meine Vermutungen zu bestätigen, und ich habe in diesem Sinne an den Leiter des Justiz- und Polizeidepartements geschrieben. — Was das Justizdepartement darauf geantwortet hat oder antworten wird, werden wir wohl nie erfahren.

Oesterreich-Ungarn.

Gegen die **Jesuiten.**

Budapest, 20. Oktober. In der ungarischen sozialdemokratischen Partei hat sich eine energische Bewegung geltend gemacht, um zu verhindern, daß die aus Portugal vertriebenen Ordensbrüder sich in Ungarn niederlassen. In der nächsten Zeit werden zahlreiche Volksversammlungen zu diesem Zwecke abgehalten werden.

Belgien.

Vorbereitungen zum Empfang Wilhelm II.

Die belgischen Sozialisten treffen Vorbereitungen, um Wilhelm II, der demnächst dem belgischen König in Brüssel seinen Besuch machen wird, einen warmen Empfang zu bereiten. Im Innern

Brüssels haben sie riesige Plakate an die Säulen geschlagen, in denen für Montag abend zu einem Vortragsmeeting gegen den Besuch Wilhelms II. aufgerufen wird. Das belgische Volk hätte, so heißt es in den Plakaten, nur dem belgischen Volke seine Symphonie leihen, aber nicht dem abstoßlichen Kaiser. Das Meeting soll gleichzeitig ein Protest gegen die zahlreichen Verteilungen wegen Mordabscheibung sein.

Portugal.

Der **Wechsel in der auswärtigen Vertretung.**

Ueber die Wiederbesetzung eines Teils der erledigten portugiesischen Gesandtschaften ist bereits eine enghilgige Entscheidung getroffen worden. Es belüchtigt sich, daß Manoelhaes Lima zum Gesandten in Paris ernannt werden wird. Zum Gesandten in Rom wird der Republikaner Almeida da Costa ernannt werden. Zum Nachfolger des Marquis de Soveral in London ist der bisherige portugiesische Generalkonsul in London Malhe Reis ernannt. Zum Gesandten in Madrid wird Guerra Junqueira ernannt werden. Nachfolger des zurücktretenden Gesandten in Rio de Janeiro wird der bisherige Journalist Joao Cogoas, der in der republikanischen Bewegung eine Rolle gespielt hat. Die Nachfolger der Gesandten in Berlin, Wien, Petersburg, die sämtlich demissioniert haben, sind noch nicht bestimmt. Die offizielle Ernennung der neuen Gesandten wird jedenfalls erst nach Anerkennung der Republik durch die Großmächte erfolgen. Und die Anerkennung durch die Mächte ist, wie in diplomatischen Kreisen beiläufig, nicht zu erwarten, bevor das neue portugiesische Parlament das neue Gesetz belüchtigt hat.

Abschaffung des religiösen Eides.

Lissabon, 20. Oktober. Ein heute erlassenes Dekret der Regierung schafft den religiösen Eid ab und ersetzt ihn durch die einfache Formel: Ich schwöre bei meiner Ehre. — Der Direktor der staatlichen Künste hat sich erschossen, als er die Aufforderung erhielt, vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen, um über seine Verwaltung Rechenschaft abzulegen.

Wiederholter Radbodprozeß.

In der Nachmittags Sitzung am ersten Verhandlungstage beschritt der als Nebenkläger zugelassene Rechtsanwalt, Bergmeister Andre, als Zeuge unter Eid, daß in Rede stehende und der Anklage zugrunde liegende Gespräch mit dem Berginspektor Hollender geführt zu haben. Weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach, erklärte er, sei der Angefallene ihm berichtet, daß doch in solcher Situation nichts natürlicher war, als daß man sich in Hinsicht auf jeden Betriebsunfall frage, ob wohl noch Lebende unter den Brüdern wären, erwidert der Nebenkläger, er könne das so beurteilen. Weiter von Wagner in die Enge getrieben, führt sich Andre auf den Wortlaut des Protokolls, während er vorher erklärte, auch nicht dem Sinne nach, habe er das ihm unterstellte Gespräch geführt.

Die übrigen in der Nachmittags Sitzung vernommenen Zeugen bezeugen mehr oder minder die Aussage der früheren über die Mithandlung. Hervorgehoben sei, daß ein Zeuge am Tage vor dem Unfall so stark Feuer beobachtete, daß eine Flamme in der Flamme entstand. Einer der vom Nebenkläger gestellten, noch in Diensten der Radbodzucht stehenden Zeugen will nicht mit der Sprache heraus, will auch nichts von Vorbereitungen, auf hohen Besuch oder von geheimen Nachforschungen wissen, was aber auf einseitige Vorhaltungen des Vorklägers zugehen, daß er dergleichen doch kennt, nur will er auf Radbod bereitwillig nicht bemerkt haben.

Zweiter Verhandlungstag.

In der Nachmittags Sitzung erklärte der für beide Radbod zugewandte Berginspektor Hollender, daß sogar „aus dem“ Wasser vorhanden gewesen sei. Das Wasser sei lediglich „blödsinniger“ wesen“ von anderen Leuten abgeperrt worden. Diese verblüffende Erklärung wird von einer Reihe von Zeugen glatt widerlegt. — Nach längerer Beratung beschließt das Gericht, den Protokoll des Nebenklägers gegen die Zulassung der vom Angefallenen gestellten Sachverhalte abgegründet abzuweisen und die Sachverhalte abzuweisen.

Beamtentwurf für Leitartikel, Politische Ueberlicht, Partei, nachrichten Paul Hennig für Ausland, Gewerkschaftliches, Beulleton und Bernsteins Carl Wied, Soles Olio Reichert, Radbodzucht und Verfallungsberichte Gottl. Casparel, sämtlich in Halle.

Hohenlohe Hafer-Flocken

geben delikate Suppen, Frühstück für Alt u. Jung, Bewährte Kindernahrung. In gelben Paketen mit dem Bilde der Schmittoria.

CONDOR PATENT

Herren-Schnürstiefel mit u. ohne Lackkappen, hochmoderne Formen Mk. 16.50 14.50 12.50 10.90 9.80 8.50 **7 50**

Herren-Zug- u. Schnallenstiefel aus kräftigem Material, in bequemen Fassons Mk. 16.50 12.50 9.80 7.50 **6 90**

Arbeits-Schaftstiefel in spitzen und breiten Fassons Mk. 9.20 8.90 7.90 **7 20**

Arbeits-Zug- u. Schnürstiefel weterfeste Qualitäten Mk. 7.50 6.50 5.50 **4 50**



Herren-Schnürstiefel ohno zu schnüren (D. R. P. 174 209). Die Bequemlichkeit selbst! **10 50 14 50 16 50**

Damen-Stiefel in beliebten Lederarten, mit u. ohne Lackkappen, eleganter Strassenstiefel Mk. 16.50 14.50 12.50 10.50 9.50 8.50 7.50 **6 50**

Warmgefüt. Damen-Stiefel beliebte Winterstiefel Mk. 12.50 8.75 6.00 4.85 **3 85**

Warmgefüt. Herren-Stiefel buserst bequeme Formen Mk. 16.50 12.50 10.50 **7 50**

Schulstiefel mit und ohne Winterfütter — — — — — in jeder Preislage. **Hauschuhe und Pantoffel** — — — — — in Riesen-Auswahl. —

Conrad Tack & Cie. Verkaufshaus Halle: nur Schmeerstr. 1 (am Markt).

3 Ausnahme-Tage für Haushaltwaren

**Sonnabend
Montag
Dienstag**

Hervorragende Einkaufs-Gelegenheit zur Ergänzung des Hausstandes.

Lampen.

Wir garantieren für gutes Brennen.

Küchenlampen.

Flurlampen	50 42 32 28	23 30f.
Küchenlampen	1.10 95 65 48	42 30f.
Küchenlampen m. Spiegelglas		78 30f.
Küchenlampen mit feingemalter Glas m. Spiegelgl.		95 30f.

Tischlampen.

Alabastorfuß weiß und bunt	2.25 1.65 1.25	90 30f.
Gussfuß mit farbiger Glas	3.25 2.25	1 65
Messingfuß mit farbiger Glas	3.95 2.95	2 45
Majolikafuß	5.25 4.50	2 95
Nachtlampen bunt def. u. weiß	85 55 48 38	28 30f.
Lichte Neubest. Messingfuß extra Schirm mit Bronze		4 50
Tischlampe elegant	8.95	6 95

Gaskronen mit 25% Rab.

Neu eingerichtete Spezial-Abteilung **Lebensmittel.**

Kaffeemöhlen Ia. Mahlkorb aus Blech	1.10 95	78 30f.
Holzkafeemöhlen	2.65 2.25 1.95	95 30f.
Kaffee- u. Zuckerbüchsen bunt def.	35	25 30f.
Petrolkannen	85 75 50 38	28 30f.
Semmel- und Zwiebelkasten	95	42 30f.
Küchenmerktafeln	1.95	85 30f.
Wiegemeßer	95 65	42 30f.
Hackmesser	95 65	42 30f.

Petrolheizöfen 6⁵⁰

garantiert Ia. Fabrikat	14.50	6 50
Esslöffel Martiniabtl.	8	6 30f.
Kaffeelöffel Martiniabtl.	6	5 30f.
Esslöffel echt Britannia	22 18	10 30f.
Kaffeelöffel echt Britannia	10 8	5 30f.
Esslöffel rein Aluminium	22 18	10 30f.
Kaffeelöffel rein Aluminium	10	7 30f.
Esslöffel rein Alpaca	45	32 30f.
Kaffeelöffel rein Alpaca	25	18 30f.

Engl. Kohlenkasten

fein def.	3.50 2.25	95 30f.
Kohleneimer	1.95 95 75	50 30f.

Küchenwägen garantiert richtig gehend	95 30f.	
Wandkafeemöhlen	3.85 3.00	2 95
Reibemaschinen	2.25 1.50 1.25	95 30f.
Fleischmaschinen Alexanderperp. rot emailliert	2 95	
Küchenwagen	3.50 2.85 2.45 1.75	95 30f.

Rein-Aluminium große Extra-Auslage

Wringmaschinen Ia. Walsen	14.25	9 75
Weitwunder-Waschmaschinen	19.50	9 90
Waschbretter starke Einlage	88 86	42 30f.
Wäscheleinen extra stark	90 Wtr.	95 30f.
Leinenwickler	45	32 30f.
Wäschetrockner mit Stäben	95 65	45 30f.
Wäsche-Klammern	Echod	8 30f.

Koksfüller

1.45 1.25	95 30f.	
Brikettkasten	2.25 1.95	1 25

Bügeleisen	68	48 30f.
Berliner Plätten	2.45 2.25	1 65
Kohlenplätten		3 25
Spiritusplätten	7.50	4 95
Spirituskocher	5 45 42	32 30f.
Verdampf-Schalen	1.35	85 30f.
Spiritus-Gaskocher		1 45
Schirmständer Guss	3.95 2.95	95 30f.

Ofenschirme

in großer Auswahl	5.95 4.95 3.75	95 30f.
Tafelbestecke Ia. Solinger Fab.	55 40	22 30f.
Tranchierbestecke	1.45	95 30f.
Küchenmesser	20 18	7 30f.
Brotmesser	95	35 30f.
Fruchtpressen	1.45 1.25	85 30f.
Bouillonsiebe	32 25	18 30f.
Brottrommeln defor.	2.95 2.75	2 35
Messerkörbe	50 45	20 30f.

Kohlenlöffel

25 25	10 30f.
Stocheisen	14 30f.

Lampen.

Unsere Preise sind allerbilligst gestellt.

Hängelampen.

Gehänge m. Gusskörper, mit Zug	6.25 4.95	3 95
Gehänge mit Majolikaförper, mit Zug	9.75 8.25	7 25
Gehänge mit Messingkörper	10.50 9.50	8 50
Salon-Kronen mit Kerzen 12armig	19.50	13 50

Laternen etc.

Brustlaternen	95 85 75	50 30f.
Sturmlaternen	2.25 1.75 1.25	95 30f.
Werkstatllampen	1.65 1.45	95 30f.
Gaslyren komplett		3 50
Ampeln	3.85 2.95	1 65
Gaszylinderlampen komplett	12.50	10 50
Kerzen la. Komp. Paket	68 50	38 30f.

Gaszylinder 65 30f.

Glühstrümpfe	60 45	28 30f.
Pflaumen	2 30f.-Dofe	42 30f.
Kirschen	2 30f.-Dofe	68 30f.
Mirabellen	2 30f.-Dofe	72 30f.
Aprikosen	2 30f.-Dofe	95 30f.
Preisselbeeren	2 30f.-Dofe	75 30f.



Braunschw. Stangenspargel
Braunschw. Bruchspargel
„Ernte 1910“ aus überrechten Fabriken Braunschweigs.

○○○○○○○○ Rabatmarken-Ausgabe. ○○○○○○○○ Gr. Ulrichstrasse 54. ○○○○○○○○ Bestes Sparsystem. ○○○○○○○○

Achtung! Augsdorf-Siersleben.

Sonntag den 23. Oktober findet im Lokale des Herrn Geff, Waffhof zur Regel in Siersleben eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt.
Wir bitten alle Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Das Lokal steht uns wieder zur Verfügung.
Der Einberufer.

Achtung! Wolfenrode. Achtung! Sozialdemokratisch. Verein.

Dritte Wimmelburg und Wolfenrode.
Sonntag den 23. Oktober von nachm. 3 Uhr an in Risohens Lokal
W. C. H. F.
Wir laden hiermit unsere werthen Mitglieder und Verbands-genossen ergebenst ein.
Der Vorstand.

Manufaktur hat abzugeben Hallesche Genossenschafts-Druckerei.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer, Halle a. S.
Umstände halber kann unsere Versammlung nicht wie angeht, Sonntag d. 23. Oktober stattfinden, sondern erst Sonntag d. 30. Oktober.
Die Ortsverwaltung.

Moderne Herren-Bekleidung:

Pelerinen in grau und grün, alle Längen und Weiten. Für Herren 8 ⁷⁵ M. bis 16 ⁰⁰ M. Für Knaben 2 ⁷⁵ M. bis 8 ²⁵ M.	Joppen — in allen Farben, glattes und Sportfaçon. — Herren-Joppe 4 ⁵⁰ M. bis 18 ⁰⁰ M. Knaben-Joppe 2 ⁷⁵ M. bis 6 ²⁵ M.	Herren-Paletots u. Ulster in allen Stoffen, Farben und Ausführungen, 10 ⁰⁰ M. bis 48 ⁰⁰ M.	Herren-Anzüge in allen erdlichen modernen Farben und Stoffen. Jede Größe vorrätig. 12 ⁰⁰ M. bis 58 ⁰⁰ M.
--	--	---	---

H. ELKAN,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 87.

Knaben - Manchester- und Stoff-Anzüge für das Alter v. 5-9 Jahren Jede Größe 3⁹⁵

Knaben-Paletots u. Pyjaks in allen Ausführungen 3⁵⁰ M. bis 15⁰⁰ M.

Für die Inserate verantwortlich: Max Sagner. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Druckerei (G. G. m. b. H.) — Verleger: Hermann August Carl Lehmann & Sohn, Leipzig a. S.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 248

Halle a. S., Sonnabend den 22. Oktober 1910

21. Jahrg.

Kämpfe in Oesterreich.

Aus Oesterreich wird der Frankfurter Volksstimme geschrieben: Die österreichische bürgerliche Politik steht nun im Zeichen der Verschönerung. In dem Lande des größten und heftigsten nationalen Kampfes, in Böhmen, sitzen die Vertreter der deutschbürgerlichen Parteien und die der tschechischen aller Schattierungen friedlich beisammen, um den nationalen Streit zu lösen. Das Schauspiel ist so neu und unerwartet, daß man es begreift, wenn die Öffentlichkeit weit über die österreichischen Grenzen hinaus mit Interesse den Verhandlungen folgt. Wohl gab es schon Verhandlungskonferenzen in allen Stadien der nationalen Kämpfe in Oesterreich, aber an dieser gemeinsamen Aktion ist das Neue, daß nicht ein Wunsch der Regierung die streitenden Teile an den grünen Tisch gerufen hat, sondern der eigene Wille sie zusammenführte. Die Regierung Wien, die in allen Fragen eine Regierung der passiven Resistenz ist, sagt auch diesmal nicht ja noch nein und auch diesmal verweigert sie nur alle Teile ihres Wohlwollens und ihrer aufschätzlichen Wünsche. Wieners kann es nie bezweigen, daß er aus der burokratischen Laufbahn hervorgegangen ist, seine Haltung ist immer die des subalternen Beamten. Wenn ihm wirklich, wie Gerüchte lauten wollen, der künftige Kaiser von Oesterreich seine besondere Lust angewendet hat, so wäre dies ein Zeichen, daß auch er, wie andere Monarchen, in den Ministern nur gern seine Untergebenen sieht.

Was aber hat die streitenden Teile, die seit Jahrzehnten wieder durch Argumente noch durch andere politische Kräfte zur Einigung zu haben waren, zu diesen Verhandlungssituationen zusammengedrückt? Die gränztlose Notwendigkeit. Die deutsche Obstruktion verbanderte seit zwei Jahren die Durchberatung des Landesbudgets und verschiedene Landes-Einnahmen konnten nicht mehr eingehoben werden, weil die gesetzliche Bewilligung hierzu fehlte. Das Defizit ist in allen Einzelheiten Oesterreichs eine ständige Erscheinung. Die nationalen Kämpfe verhindern jede Steuerreform, verhindern aber auch die Erfüllung aller derer, die den Staat zu erhalten und seine Misstände zu beseitigen helfen wollen. Seine Einnahmen reichen nicht zur Deckung seiner Ausgaben. Zu dieser allgemeinen Finanzamisere kam noch das Fehlen vieler Einnahmen durch die Nichtzahlung des Budgets. Es reichten nur die Gelder nicht einmal mehr zur Zinsenpflege und zur Befolgung aller anderer Bedürfnisse. Parallelstellen mußten scharf und provisorische Lehrsätze entlassen werden, um mit den Kassenbeständen auszukommen. Es lagen alle Politiker, daß es nicht so weiter gehen kann. Der allgemeine Dalles bündigte auch die demagogischen Kräfte und selbst die Radikalfreie der Radikalen konnten nicht das Schisma auf sich nehmen, diese Verhandlung, die eine Lebensfrage für das ganze Land ist, bereit zu haben. Der Versuch wurde, daß sich zum Vermittler an und seine Vermittlerdienste hatten. Es kam eine Verhandlung über die beizuhaltende Tagesordnung für die Landtagsverhandlungen zustande. Seit mehr denn einer Woche wird nun in dem nationalpolitischen Ausschuss und in seinem Subkomitee über die schwierigen Materien verhandelt. Greifbare Resultate sind noch nicht gutausgefordert worden. Es ist dies bei der Hitze der Zeit auch nicht möglich. Beide Teile haben vorderrand ihre Forderungen genau formuliert und die Basis der Verhandlungen ist gestellt.

In diese Friedensstimmung tönen nun allerdings Proteste der deutschen Abgeordneten aus den Alpenländern. Es sind ja einestheils nur persönliche Weiberzeiten, so wenn den deutschradikalen Abgeordneten vorgeordnet wird, daß sie an der Verhandlungssituation nur so bereitwillig mitarbeiten, weil sie es in ihrem Mitglied Rader einen künftigen deutschen Bundeskanzler sehen möchten. Schweregegender sind allerdings die sachlichen Argumente. Die Deutschen Böhmens fordern bekanntlich für ihr Land die nationale Autonomie, das heißt, sie verlangen für jede Nation ihr eigenes Verwaltungssystem und Schutzgesetz für die nationalen Minoritäten. In Böhmen sind die Deutschen eben in der Minorität, da ist die nationale Autonomie eine Lebensfrage für sie. In den Alpenländern sind die Deutschen die Majorität und ihnen steht in Krain, Kärnten und Steiermark slowenische, in Tirol italienische Minoritäten gegenüber. Was den Deutschen Böhmens aber recht und billig ist, kann für den Slowenen und Statisten nicht bereinigt werden. Ohne nationale Autonomie ist aber eine Lösung des nationalen Kampfes in Böhmen nicht möglich. Wenn aus diesem Grunde die alpenländischen Abgeordneten in der böhmischen Verhandlung eine Geheiß für ihre deutsche Korrespondenz in den Alpenländern sehen, so ist es begreiflich. Trotzdem dürfte ihr Verhalten und die scharfen Angriffe, die sie gegen die deutschböhmischen Abgeordneten richten, der Verhandlungssituation nicht förderlich sein. Es dürfte zu kämpfen innerhalb der deutschen Parteien kommen, die wenigstens eine Verzögerung der Prager Verhandlungen mit sich bringen werden. Trotzdem wird auch in den Alpenländern die Antipathie gegen die nationale Autonomie nie abgerufen werden müssen. Wenn nicht anders, so durch dieselbe Entwicklung, wie in Böhmen. Wenn kein Geld mehr in den Kassen ist, dann hören alle Parteien auf und die bittere Wirklichkeit tritt an ihre Stelle. Die nationalen Obstruktionen können auch in diesen Ländern leicht bald gelöst werden.

Die Regierung hat in den Verhandlungen nur einmal das Wort zu einer scharfen Ablehnung gefunden. Von jungtschechischer Seite war der Antrag auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gestellt worden. Es sollte das neue Wahlrecht mit Repressionalberrettung und dem Frauenwahlrecht verbunden sein. In der Debatte über sich selbst der Regierungsdirektor und erklärte, die Regierung lehne das allgemeine Wahlrecht für die Landtage entschieden ab. Sie müsse auf dem Autonomiebestehen bestehen, da sie ein anderes Wahlrecht für unzulässig halte. Die Parteien können bei allen Verhandlungen tun, was sie wollen, die Regierung nimmt sie scheidend zur Kenntnis, aber ein Volksrecht kann sie ohne Protest nicht nennen hören. Wenn die Regierung sich verpflichtet glaubt, die letzten Privilegien des Großgrundbesitzes zu schenken, so sollte sie es den Herren doch überlassen, selbst damit fertig zu werden. Ihre Stellung gegen das allgemeine Wahlrecht zeigt nur wieder, wie verächtlich dieser apoplektischen Regierung das Volk und das Volkparlament angesehen sind. Die Arbeiter sehen nun aber deutlich, daß auch die Erziehung des Landtagswahlrechts nicht anders als durch

schwere und heiße Kämpfe zu ermöglichen sein wird. Not leidet, aber uns die Regierung nicht zwingen, ihre Zustände bei den Wahlen zu nehmen. Wenn in der Stunde der Not nicht die Massen die Herrschenden zwingen, ihnen das Recht zu geben, das ihnen gebührt, dann wird die Zustände zu allem genommen, nur nicht bei dem Volke.

Der Hohn der Regierung muß zu neuen Wahlrechtskämpfen führen.

Weber klingt durch das Proletariat wenig Versöhnungselbe. So eifrig sich auch alle maßgebenden und einseitigen Elemente für eine Verhandlung einsehen, der unheilvolle Streit der Parteien dauert fort. Wie notwendig es wäre, daß das Proletariat sich wieder einig zusammenfände, zeigt jeder Tag der österreichischen Politik. Ringum Feinde, die zum Kampf herausfordern, und keine Möglichkeit, sie durch gemeinsame Kraft zu besiegen. Das Proletariat hat ein Menschenalter für die nationale Verhandlung des Bürgerrechts gekämpft, und nun wo diese nahe scheint, soll es selbst unterjochen werden, von dem Geist, den es bekämpft hat? Die schnelle und gute Lösung unserer nationalen Kampfes ist mehr als notwendig, sie ist eine Lebensfrage für die Partei. Das österreichische Proletariat ist entweder international oder es ist keine Macht mehr, die stolz der Zukunft entgegen gehen kann.

Die persische Frage.

Die englische Drohnote

an Persien hat die ganze persische Frage mit einem Schlag akut gemacht und sie in ihrer ganzen Tragweite und Bedeutung aufgeleuchtet. In der Note besteht, wie das Deutsche Bureau erzählt England darauf, daß, falls die Ordnung auf der Straße Busch Isphahan in drei Monaten nicht wiederhergestellt ist, eine persische Truppenmacht am Platze organisiert wird, die von acht bis zehn englischen Offizieren der indischen Armee befehligt werden und zum Schutze dieses Weges dienen soll. Es sei keine Rede davon, daß die indische Regierung irgendwelche Verantwortung in dieser Angelegenheit übernehmen oder irgendwelche Hebergriffe gegen die Integrität Persiens versuchen werde. (?)

An die Harmlosigkeit solcher Absichten glaubt natürlich kein Mensch. Immerhin mag man sich wohl auch in England wie in Russland klar darüber sein, daß der Versuch einer Aufteilung Persiens zu gefährlichen internationalen Verwicklungen führen kann, und es noch fraglich ist, ob England wirklich Vorteil davon haben wird. Die liberalen englischen Zeitungen, namentlich Daily News und Daily Graphic fahren deshalb, in Erkenntnis der Gefahren, auch fort, die Politik Englands in Persien zu bekämpfen. Daily News meint, es sei unverantwortlich, daß die britische Okkupation permanent werde und auch die russische Okkupation permanent mache. Das bedeute eine Zerrung, die das schismatische Ungleich der auswärtigen Politik wäre. England und Russland würden unmittelbare Grenzangrenzern werden und die Vernichtung der persischen Unabhängigkeit werde das englische Prestige in der muslimanischen Welt vernichten. Die Aufgabe Englands sei nicht, Südbahnen zu konstruieren, sondern der russischen Okkupation in Nordpersien ein Ende zu machen. — Daily Graphic bestreift, daß der Zeitpunkt geeignet für ein persisches Abenteuer sei, das England eine schwere Verantwortung aufbürden würde, während es in Indien gäre, die Schwierigkeiten an der indischen Westküste müßten und die europäische Lage die größte Wachsamkeit und sorgsamste Aufsicht mit Englands Mitteln fordere. Die Lage in Südbahnen könne verbessert werden ohne das Risiko eines Eroberungskrieges.

Inzwischen wird von Russland aus kräftig Stimmung gemacht, um die Notwendigkeit des englisch-russischen Vorgehens zu beweisen. Ein Telegramm der offiziellen Petersburger Telegraphenagentur meldet nämlich:

Isphahan, 19. Oktober. Vier große 100 Werst von hier entfernte Ortschaften wurden durch Wanden bewaffneter Nomaden ausgeplündert. Die halbnackten und hungerigen Bewohner drohten hierher. Da Isphahan gar keine Verbindung hat, so stücht ihm das gleiche Schicksal.

Das die persische Frage in erster Linie eine internationale Frage ist, dieser Ansicht ist man auch in Persien. Der Wiener Neuen Presse wurde von persischer Seite mitgeteilt, daß die innere Lage des Landes zwar keine günstige sei, sie aber mit der russischen Anhänglichkeit verträglich werde, als es tatsächlich sei, um nur einen Vorwand zur Einmischung zu haben. Aber von der russisch-englischen Absicht, in Persien gemeinsamen Landraub zu betreiben, bis zur Teilung des Landes sei es noch sehr weit. Die persische Frage könne unmöglich von England und Russland allein gelöst werden; sie stelle vielmehr eine Angelegenheit dar, die die ganze Welt interessiere. Auch Deutschland und die Vereinigten Staaten hätten große Handelsinteressen in Persien zu wahren. Aufstand selbst dürfte kaum genügt sein, denn Persien in Persien auszufächeln in die Sande Englands zu lassen, man brauche nur daran zu denken, daß die russische Regierung in letzter Zeit wegen der in Angriff zu nehmenden persischen Bahnbauten mit den Vereinigten Staaten in Fühlung getreten ist. Aber auch kleinere Staaten wie Belgien hätten ein großes wirtschaftliches Interesse an Persien. Ein Attentat auf die Unabhängigkeit Persiens könne somit zur Gefahr für den Weltfrieden werden.

Konstantinopel, 20. Oktober. Englands Ultimatum an Persien verdrückt hier Sorge und gespannter Aufmerksamkeit. Man verheißt sich die eminente Gefahr nicht, welche es für das ganze Mesopotamien birgt, wenn Südbahnen als Pufferland in englische Verwaltung übergeht und England in direkte Abhängigkeit zu den türkischen Geheerungen tritt. England wollte bekanntlich indirekt die Türkei und Deutschland bedrohen, da es wohl wisse, daß kein Interesse es sonst drängt, heute persisches Territorium zu besitzen. Dem Persien ist nicht in derselben Lage wie Ägypten. — Ein persischer Diplomat verheißt, daß Persien diese unabhängige Herrschaft nicht bilden und die Perser es vorsehen würden unterzugehen.

Schweres englisch-russisches Abkommen.

Wien, 20. Oktober. Nach den Informationen bisheriger diplomatischer Kreise besteht ein neues schweres englisch-russisches Abkommen, durch das die geplante englische Aktion in Persien erklärt wird. Danach sei England auch zur Befestigung der bisherigen neutralen Zone zwischen

den beiden 1907 vereinbarten Interessensphären berechtigt, die für russische Truppen schwer erreichbar wäre.

Dröhnende Kabinetskrise.

Leheran, 21. Oktober. Hier soll wieder eine Kabinetskrise bevorstehen, da das Parlament mit der augenblicklichen militärischen Lage unzufrieden und vom Regenten nichts zu hören ist; dagegen überall reaktionäre Umtriebe sich bemerkbar machen.

Leheran, 21. Oktober. Die englischerseits bereitete Maßnahme über die eventuelle Errichtung einer englisch-persischen Polizeitruppe im Süden, falls diese binnen drei Monaten nicht beseitigt ist, stellt sich als eine PreSSION auf die persische Regierung zur Annahme einer englischen Anteil von 4 Mill. M. heraus.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 21. Oktober 1910.

Sozialdemokratischer Verein.

Die im Paragrafen 12 der Vereinsfassungen benannten Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins werden ersucht, sich am Montag, den 24. Oktober, abends 8½ Uhr, im Volkspark einzufinden. Der Vorstand.

Die Blutopfer vom 13. Februar sind dem Gefängnis verfallen!

Die Säbelschwinger vom Samstag haben ihren Triumph dahin. Das Reichsgericht hat am Donnerstag ihre Laten sanktioniert und hat außerdem zu Recht erkannt, daß jeder ins Gefängnis gehört, der am Samstag 13. Februar, dessen Gebeten immer und immer wieder das Proletariat zu lobenden Jorne mitführen muß, vom Polizeihäufel mit blutigem Male gezeichnet worden ist. Nicht nur Blut und Schmerzen und Entstellung auf Lebenszeit wird vom Proletariat bei seinem Kampfe um Recht gefordert, auch die persönliche Freiheit muß er geben auf Monate hinaus. Die schaulosen Angehörigen des kämpfenden Proletariats werden auf lange Jahre Wintermonate ihres Erntebrotens beraubt, weil dieser sich vom Polizeihäufel hat niederlegen lassen. Blut und Freiheit muß der Proletariat geben, aber eines darf er behalten, das ist die Empörung über diese Zustände des Polizeistaates. Und die Empörung wird dafür sorgen, daß der Kampf nicht erlahmt, sondern noch viel härter und energiegeladener fortgesetzt wird. Erst das Wahrtrecht, dann die Klassenpolizei und die Klassenjustiz!

Am 20. Mai wurden von der Schubertkammer der Kesselschmid Straße 9 und der Arbeiter Straße 10 wegen der unrichtigen Deutung der Aufschrift am Wirtshaus an 100 Personen ins Gefängnis geführt. Die Angehörigen des Proletariats, die gerade sie zu den schwersten bei den Wahlrechtsprozessen überhang verhängen Strafen verurteilt wurden, finden keine Erleichterung vielleicht darin, daß sie beide gleichzeitig auch die an jenem denkwürdigen Tage am schwersten Verletzten sind. Und außerdem sind sie alle beide von dem Kommissar Wiethele niedergeschlagen worden, der den Befehl auf ein Wirtshaus führte. Die Polizei von Halle wäre auch vor dem Gericht heillos kompromittiert worden, wenn nicht gegen diese Verletzten schwere Gefängnisstrafen verhängt worden wären. Wie die Verhandlung vor sich ging, ist noch in allgemeiner Erinnerung. Berechtigt wurden nur die Polizeigenossen, die die Angeklagten natürlich schwer bestraften durch ihre Aussagen, die die zum Teil stundenlang im Insteller beim „Strüßpöppel“ gefesselt, nichtschönerer aber alles genau beobachtet hatten. Von den blutigen Verfallsen selbst mußten diese Zeugen natürlich nichts. Wer hierzu aufgelegt war, der Wahrheit gemäß für die Polizei ungünstig auszusagen, wurde nicht berechtigt bis auf einen bürgerlichen Zeugen. Daß die Polizisten in diesem Falle Partei waren und daß sogar die Frage entstehen mußte, ob nicht bei ungünstigem Ausfall der Beweisaufnahme die schuldigen Polizeigenossen Strafverfahren unterworfen werden konnten, bestrafte das Gericht nicht. Nach solcher Verhandlung waren die Angeklagten natürlich schuldig.

Herr Wiethele und seine Leute hatten nicht auf die Bedenke eingegangen, sondern in der Rotwech ge handelt. Sie waren nicht mit unangenehm Schärfe vorgegangen, sondern sehr nachsichtig gewesen. Und ihre Opfer waren die „Schuldigen“.

Die Revision der beiden Angeklagten, welche ungehörige Begründung des Urteils rügte und behauptete, daß ein großer Teil der Zeugen zu unrichtig unbeeidigt gelassen sei, wurde heute vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen. Wiewohl das Urteil des Volkes mit diesem Urteil vereinbar, braucht nach obigem nicht auseinandergelegt zu werden.

Schwerer Strafe dem, der einen Volkskisten befehligt.

Vor dem Reichsgericht wurde am Donnerstag die Sache des Genossen Walter Koppelt verhandelt, der in einem Artikel des Volksblattes den Volkskisten in Großdörm befehligt haben soll. Es wurde in dem intimierten Urteil behauptet, der Beamte habe einen 27-jährigen Arbeiter in Wolmet einer Nachbarn gegenüber als „Bengel“ bezeichnet, als er sich nach ihm erkundigte. In einer späteren Nummer hat der Angeklagte loyal erklärt, daß er das Opfer einer Täuschung durch den Berichterstatter geworden ist. Nicht der Beamte, sondern die Nachbarn habe von dem Arbeiter als von einem Bengel gesprochen. Dieser Widerruf hat nun allerdings unsern Genossen nicht genügt. Die Strafkammer zu Halle hat durch die Anklage Wietheles festgestellt, daß der Beamte nach Ergehen des ersten Urteils sich verabschiedet hätte, hätte er nicht gefesselt lassen müssen. Die Folge der unzulässigen Denkwürdigkeit Koppelts war, daß er von der unangehörigen hohen Strafe von 900 Mark verurteilt wurde. Die Revision des Angeklagten, der Vernehmung des § 293 Strafgesetzbuchs rügte, wurde heute vom Reichsgerichte unter Hinweis auf die bekannte Rechtsprechung als unbegründet verworfen. Vor einigen Tagen wurde in Krimmichow ein Prozess gegen

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 248

Halle a. S., Sonnabend den 22. Oktober 1910

21. Jahrg.

Die Schreckensherrschaft des Zaren.

Sehon das fünfte Jahr dauert das blutige Bachanal der Kontrevolutionären Gewalten in Rußland fort. Seit der Wiedereröffnung der offenen revolutionären Massenbewegung hat die Wildhau und Mord der Regierung nur noch mehr zugenommen. Sie ließ ihre Untertanen ein, dem Lande etwas anderes als blutige Revolutionen zu geben, und will durch Hinrichtungen, Kriegserzichte, Gefängnisse und Ausnahmeverfügungen ihre Macht so lange es möglich ist erhalten. In ununterbrochener Kette giebt sich die gerichtliche „Requisition“ der revolutionären Bewegung fort. Die Wellen der Repression, der allgemeinen und Ausnahmegerichtlichen fordern immer neue Opfer, und diese an die Zeiten der spanischen Inquisition mahnenden Gerichtsverhandlungen werden nur unterbrochen von dem Todesrödeln der unschuldig Gemordeten, den Hülserufen der Gefangenen in den Wäuffen des Zaren.

Die Petersburger Monatszeitschrift *Sowremennij Mir* bringt in ihrer letzten Nummer eine Kritik von A. Bentin, dessen Böden auch der bekannte Schrift von Skrapotin über die Schreckensherrschaft in Rußland zugrunde gelegt wurden. In diesem Artikel werden die Ergebnisse der russischen Genetzjustiz 1910 vor Augen geführt. Die Zahl der Opfer, die in dem genannten Zeitraum für „politische und gesellschaftliche Verbrechen“ verurteilt wurden, beläuft sich auf 2678. Hier von wurden verurteilt: Zum Tode 316 Personen (115 Proz.), zu Zwangsarbeit 1459 Personen (auf insgesamt 8991 Jahre), zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien 178 Personen, während die übrigen 1908 Personen zu leichteren Strafen, wie Disziplinartotalen, Festungshaft usw. auf insgesamt 1684 Jahre verurteilt wurden. Insgesamt wurden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen 9409 Personen, von denen — nach jahrelanger Unterdrückung — 821 freigesprochen wurden.

Von den Motiven zur Verurteilung stehen an erster Stelle die Anklagen auf Teilnahme an der politischen Massenbewegung und der organisatorischen Tätigkeit der politischen Parteien. Insgesamt waren dafür angeklagt 1144 Personen, von denen verurteilt wurden zum Tode 8, zu Zwangsarbeit 177, zur Deportation 178 Personen.

Ein zweiter Stelle folgen die Anklagen wegen Agrarvergehen. Zur Verantwortung gezogen waren 1088 Personen, von denen verurteilt wurden zum Tode 24, zur Zwangsarbeit 28, während die übrigen 888 mit leichteren Strafen davonkamen.

Nun folgen die „gewalttätigen Angriffe auf das Eigentum und ihre Träger“ und die „terroristischen Aktionen gegen die Behörden“, die von der Regierung stets in den Vordergrund gerückt werden, um die Notwendigkeit der Genetzjustiz nachzuweisen. In der ersten Gruppe dieser Prozesse wurden zur Verantwortung gezogen 688 Personen, von denen 438 verurteilt wurden, darunter 189 zum Tode. Wegen der sogenannten „terroristischen Aktionen“ und des Widerstandes gegen die Behörden“ wurde verhandelt gegen 348 Personen, von denen verurteilt wurden 308, darunter 69 zum Tode. Was unter der letzten Gruppe der Prozesse zu verstehen ist, ist daraus ersichtlich, daß ein großer Teil von ihnen gegen die Gefangenen gerichtet waren, die an „Revolten“ oder „Fluchversuchen“ teilnahmen.

Es versteht sich von selbst, daß die grausamsten Strafen von den Kriegsgewalttätigen gefällt wurden, auf die mehr als ein Drittel aller Verurteilungen entfallen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Mehrzahl der Verurteilten sich aus den demokratischen Schichten der Bevölkerung rekrutierten, die die ganze Schwere des Kontrevolutionären Bachanals zu spüren bekommt.

Außer den gerichtlich konzentrierten Hinrichtungen fanden in dem genannten Zeitraum, obgleich das „Erschießen bei einem Fluchversuch“ nicht mehr so häufig wie früher angewendet wurde, zahlreiche Morde und Missetaten bei Zusammenkünften mit den Behörden statt. Bloß auf Grund der Mitteilungen der periodischen Presse wurden bei diesen Zusammenkünften im ersten Halbjahre 1910 getötet 159 Personen, verurteilt 168 und Exekutionen ausgeführt 70 Personen. Hier von wurden bei „Fluchversuchen“ getötet 45, verurteilt 42, in Gefängnissen getötet 9 und verurteilt 5 Personen, bei Agrarvergehen (die infolge der Anwendung des Stolypinischen Agrargesetzes ausbrachen) getötet 14 und verurteilt 37 Personen. Das Schicksal der Schildwachen gegen die Fenster der Gefängnisse forderte auch in diesem Zeitraum zahlreiche Opfer. Registriert wurden 4 Ermordungen von Gefangenen in Waku, Kotano, Soboj und Itakaf. Die Exekutionen fanden statt vorzugsweise in den Gefängnissen und den Verbannungsorten. (Wir erinnern bloß an die Exekution im Katonogefängnis zu Kowolst und im Gouvernements Gefängnis.) Das Durchdringen der politischen Gefangenen wurde registriert in den Katonogefängnissen zu Tjumen, Kowolst und Saratow. Die Katonogefangenen in Kowolst und Tschita schrieben in ihrem Appell an die sozialdemokratische Dumafraktion: „Die gesamte Kartoga köhnt, geht zugrunde, verblutet... Missetaten. Durch-

peitschungen (mindestens 100 Hiebe, oft ohne jeden Anlaß) und sonstige Exekutionen, das müssen die Kartogefangenen alles erdulden...“ Und noch in diesen Tagen veröffentlichte die Zeitung *Itarski Krai* die Erzählung des früheren Abgeordneten der zweiten Duma, Genossen Babaloff, der die im „Katonogefängnis“ gegen die sozialdemokratische Fraktion abgeleitete Strafe im Gefängnis zu Kowolst verbrachte. Drei mal wurde dieser frühere Volksvertreter den Exekutionen durch die vertierten Aufseher ausgesetzt. Duerst schlug man ihn mit Häuten und Flintenköpfen, dann mit Knuten. Und immerfort wiederholte seine Genossen: „Da hast du, Mitglied der Reichsduma, Sozialdemokrat.“ Das Ergebnis dieser Exekution war, daß dem Genossen Babaloff alle Zähne ausgeschlagen, die rechte Hand ausgerentet und der Rücken mit Wunden bedekt wurden.

Gewerkschaftliches.

Der Straßenbahnerstreik in Bremen.

Am Mittwochabend wurde ein großer Teil der westlichen Vorstadt förmlich in den Belagerungszustand versetzt. Ein ungeheures Schuttmannsaufgebot war über die Gegend verstreut, und noch immer ritten neue Truppen heran. Zu ernstlichen Zusammenstößen, wie am Abend zuvor, kam es nicht. Eine Anzahl Fensterischießen wurden allerdings von halbunwürdigen Burden eingeworfen. Am Stadtparlament wurde Mittwochabend der sozialdemokratische Antrag verhandelt, der verlangt, daß die Polizeidirektion ihren Einfluß auf die Straßenbahndirektion zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen geltend machen solle. Für den Antrag erbob sich nicht ein einziger bürgerlicher Stadtverordneter; viele von ihnen sind allerdings Straßenbahnnationäre. Bei dieser Gelegenheit wurde übrigens die Polizeidirektion zur Genüge, die Polizei möge bei Straßenansammlungen nach die energischer (!) vorgehen, als das Dienstagabend geschehen ist.

Die Eingangsverhandlungen sind nunmehr endgültig gescheitert. Die Streitenden hielten am Donnerstag eine Versammlung ab, in der sie der Aufsichtsböhrde ein Mißtrauensvotum ausstellten, weil sie es nicht erreicht habe, den Voraussetzungen der Arbeiter für weitere Verhandlungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Werftarbeiterstreik in Hamburg.

Ist nun nach 12wöchentlicher Dauer endgültig beigelegt. Die Arbeiter nahmen die Arbeit geschlossen wieder auf. 50

Durch Wasser-Rohrbruch

wurde mir am 11. Juni ein Posten Waren beschädigt. Nach gütlicher Einigung mit der Stadt, als Vermieterin, stelle ich diese Waren, denen ich noch andere hinzufüge, zu

aussergewöhnlich billigen Preisen

zum Verkauf. Die Waren sind z. T. durch Wasser leicht beschädigt. Es gelangen zum Verkauf:

1 Posten	Herren-Ulster und Paletots				
	Serie I	Serie II	Serie III		
	19 ⁷⁵	23 ⁷⁵	27 ⁵⁰		
1 Posten	Herren-Winterjoppen				
	Serie I	Serie II	Serie III		
	4 ⁵⁰	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰		
1 Posten	Burschen-Paletots, -Ulster				
	für das Alter von 9—13 Jahren				
	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
	5 ⁹⁰	8 ⁹⁰	11 ⁹⁰	15 ⁹⁰	17 ⁹⁰
1 Posten	Knaben-Paletots				
	lange Mäntel mit und ohne Samtkragen für das Alter von 3—8 Jahren				
	Serie I	Serie II	Serie III		
	2 ⁹⁰	4 ⁹⁰	6 ⁹⁰		
1 Posten	Pelerinen				
	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	
	Länge 55—75	Länge 80—90	Länge 75—90	Länge 95—115 cm	
	3 ⁹⁰	4 ⁹⁰	5 ⁹⁰	6 ⁹⁰	

1 Posten	Herren-Anzüge				
	Serie I	Serie II	Serie III		
	14 ⁷⁵	18 ⁷⁵	23 ⁷⁵		
1 Posten	Burschen-Anzüge				
	für das Alter 13—18 Jahre				
	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	
	10 ⁹⁰	14 ⁷⁵	18 ⁷⁵	21 ⁰⁰	
1 Posten	Herren- und Burschen-Hosen				
	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
	1 ²⁵	2 ⁵⁰	3 ⁹⁰	5 ⁵⁰	6 ⁹⁰
	darunter derbe Winterhosen.				
1 Posten	Herren-Westen				
	weiss, silbergrau, dunkelfarbig				
	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
	75 Pf.	1 ⁹⁰	2 ⁵⁰	3 ⁹⁰	5 ⁵⁰
	Knaben- u. Jünglings-Loden-Joppen				
	Serie I	Serie II			
	für das Alter 5—9 Jahren	für das Alter 10—18 Jahren			
	2 ⁹⁰	3 ⁹⁰			

ED. COHN,

Inhaber: Max Franken,
Leipzigerstrasse 1 (Rathaus).

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Prozent wurden Donnerstag, die übrigen werden Freitag und Sonnabend eingestellt, so daß die Werften Anfang nächster Woche wieder voll im Betrieb sind.

Vorbereitungen im Lithographengewerbe.

In den Berlin-Neuerde-Kantonsland-Abteilung Neuerde, verlangen die Lithographen, Steinbrüder und Steinbrüder-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung. Nachdem mit der Direktion und der gemeinsamen örtlichen Kommission eine Einigung nicht erzielt wurde, traten die Zentralvereine der beiden in Betracht kommenden Verbände mit der Generaldirektion in Unterhandlung. Es wurde nach längeren Verhandlungen ein Tarif auf 4 Jahre abgeschlossen, mit der Maßgabe, daß nach Verlauf von 3 Jahren die Höhe einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden für Lithographen, früher 8 1/2 Stunden und für Steinbrüder auf 9 Stunden, früher 9 1/2 Stunden verkürzt. Bei dem übrigen geltenden Tarif wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden pro Tag verkürzt. Die Gehälter werden gesenkt, ebenso für Lehrlinge 25 und 50 Prozent. Für Lithographen und Steinbrüder wurden Mindestlöhne im ersten Gehaltsjahr auf 18 Mark, und im zweiten Gehaltsjahr auf 21 Mark festgesetzt. — Bei den Steinbrüder-Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen, wie auch bei einigen Lithographen und Steinbrüder erfolgten außerdem Lohnzulagen. Die Verkürzung der Arbeitszeit kommt über 400 Verionen zugute.

In Preußen in Württemberg, Simonsen-Werke, streikten wegen verschiedener Mißstände die Drucker ihrer Kündigung ein. Zugang ist ferngehalten.

Kriegsgericht der 8. Division.

Salze, den 19. Oktober 1910.

Ein recht bewegtes Leben hat der Häuflein Julius Kirdner von hiesigen Häuflein Regiment Nr. 26 hinter sich, der wegen unerlaubter Entrennung, vertrieben, Vertrieben und einer vor Dienst-eintritt beantragten Unterdrückung angeklagt war. Der Angeklagte ist 24 Jahre alt, mehrfach erkrankt vorbestraft und am 13. Oktober v. J. in den Militärdienst getreten. Im Sommer v. J. hatte er wiederholt um Urlaub zu einer kleinen Reise nach Würzburg in seine Heimat gebeten, der ihm aber mit Rücksicht auf seine Führung verweigert wurde. Er bekam aber schließlich Stadtrath, den er dazu benutzte, in seine Heimat zu reisen. Dafür wurde er mit fünf Tagen Militärarrest bestraft. Die Strafe, so erklärte der Angeklagte vor Gericht, sei ihm hart „im Kopfe herumgegangen“ und er habe deshalb beschließen, sich einen Revolver zu kaufen und sich damit zu erlösen. Um in den Besitz von Gewehrmitteln zu gelangen, habe er einen Kameraden vorgeworben, er besitze ein Sparschweinbuch mit einer hohen Einlage. Dieses Buch habe er aber bei einem hiesigen Kaufmann für 25 Mk. verpfändet. Zur Einlösung des Buches verlangte er von dem Kameraden einen Geldbetrag, den er aber nicht erhielt. Er sei dann im Dienst nachlässig geworden und wurde deshalb, wenn er dann zu seinen Kameraden lagte, „es ist am besten, man schickt sich aus der Welt“, dann hätten die Kameraden entgegen: „Das machst du recht, dann bekommen wir einen guten Tag.“ Der Angeklagte, der den Eindruck eines nicht ganz normalen Menschen macht, sagt über Kopfjäger und meint, er sei viel in der Welt herumgekommen, sei Schachspieler und Militär gewesen. Sein Bruder, der ihn entzweit will, habe ihn aus der Heimat vertrieben; er, der Bruder, sei an dem ganzen „Krempe“ und an seinen Vorfahren schuld. Kirdner erzählt weiter: Am 1. August habe er seinen Kruppeneisen verlassen und sei abends nach Würzburg gefahren, um seinen Vater noch einmal zu sehen und sich dann um-

zubringen. Da die Eltern schon schlafen, ging er nach seiner Schwester und verbrachte dort die folgende Nacht. Am andern Morgen kam der Gendarm schon, ergriff das Zeitgenosse und nahm den Defektor fort. Auf dem Wege rückte er, aus der angelegten Erwartung, der Gendarm werde hinter ihm herbeifolgen und ihn ertappen. Als der Gendarm nicht kam, lief er, in einem jähen Gebirge, um sich zu erlösen. Er scharrte aber durch den Mist, ging in den Weidenrober Wald und legte sich dort auf seinen Dienstreif nieder, um sich zu trocken. Bald darauf wurde er von einem Spähergänger im Schale gefolgt; er ergriff die Flucht, ließ den Dienstreif im Schale und irrte dann einige Tage und Nächte in den Weidenrober Wald umher. Zum Schluß habe er später die Flucht verloren. Er ging schließlich zu einem Schmitt in Greifenhausen, schützte dem seine Lage und ließ sich dann von einem Nachweiser aufnehmen. Jenes Jahrbuch hatte der Angeklagte vor Dienst-eintritt auf Abzahlung entnommen und verkauft, obwohl er noch 7 1/2 Mk. darauf schuldet.

Die Verhandlung gestaltete sich sehr umfangreich, da die Tatsachen gegen den Angeklagten früher ergangenen Urteile zur Verlesung und Erörterung gebracht wurden, um den geladenen ärztlichen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, das Vorleben des Mannes kennen zu lernen. Der Angeklagte hatte vielfach recht unüberlegt geäußert und sich oft an Fahrern vergreifen. Wie er zu den häufig sehr „verlorenen“ Taten gekommen ist, weiß er nicht. Die Sachverständigen nahmen nicht an, daß der Angeklagte im unzurechnungsfähigen Zustande gehandelt hat, bezichtigten ihn aber als einen moralisch nicht vollwertigen Menschen. Der Angeklagte soll seine gute Erziehung genossen haben; sein Vater ist ein Erzieher. Der Angeklagte beantragte gegen & wegen unerlaubter Entrennung und Unterdrückung sechs Monate und eine Woche Gefängnis, und bezüglich des Vertragsbruchs Verurteilung, um noch einen Reuegen zu haben. Das Gericht kam aber zur Vertagung der ganzen Verhandlung.

Aus den Nachbarkreisen.

Marxistische Mittelstandspolitik.

Die Marxisten stellen sich gern als Schützer des mittelmittels aus; und in besonders aufdringlicher Weise suchen sie ihre angeblichen Verdienste um die Kleinmüllerei harnelnden Gläubigen vorzutun. In Wirklichkeit aber wird gerade aus Kleinmüllereifreien lebhafteste Klage geführt über die planmäßige Verdrängung der Kleinmüllerei durch genossenschaftliche Gründungen von Landwirten, und auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Kleinmüller wurde folgende Resolution angenommen:

So erheblich der Ausbau des Genossenschaftswesens für die deutsche Landwirtschaft in mehrfacher Beziehung ist, muß doch mit Bedauern festgehalten werden, daß die Landwirte selber in vielen Fällen die nötige Mühsucht auf andere mittelfähige Berufsarten lassen und benachteiligen & wegen unerlaubter Entrennung und Unterdrückung nicht bestraft. Das ist zum Beispiel der Fall bei Anlagen von Schrotmüllern, wie dies seitens vieler Molkereien, Drechereien, Kornlagerhäuser und anderer Genossenschaften wie auch vieler einzelner Landwirte geschieht, trotzdem vorhandene benachbarte Betriebe einwandfreie Waren zu angemessenen Preisen und Maßigkeiten zu liefern in der Lage sind. Ferner befaßen sich Raiffeisen-Vereine und andere landwirtschaftliche Genossenschaften immer mehr mit der Beschaffung von Futtermitteln an ihre Mitglieder und Nichtmitglieder, und zwar beziehen sie diese zumest unter Umgehung des Darlehenswesens von entfernten Großmühlen und Großhändlern. Durch eine derartige übertriebene Selbsthilfe werden viele deutsche Mittel- und Kleinmüller gefährdet und oft wirtschaftlich vernichtet. Wir richten daher an die deutsche Landwirtschaft die dringende Bitte, vom genossen-

schaftlichen Futterbezug, besonders aber von den genossenschaftlichen und eigenen Schrotreien liberaler da aufzugeben, um nicht eine dringende Notwendigkeit dafür besteht. Außerdem wird die Selbsthilfe der Landwirte nur unzulässig und gerichtlich. Zum mindesten wird verlangt werden, daß die Genossenschaften zur Steuer herangezogen werden.

Die Antwort der Landwirte lautet glatt ablehnend. In der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschafts-Presse, dem Organ dieser Genossenschaften, hieß es unter anderem, es sei nicht Sache der Genossenschaften, dafür zu sorgen, daß ein Mann mit der neuen Zeit mithalten könne. Der Konsument ist nicht des Kleinmüllers wegen da, und die Genossenschaft nicht des Kleinmüllers wegen. Wenn dieser seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe nicht gerecht zu werden, dann kann er nicht verlangen, daß er künstlich noch gehalten wird. Die Marxisten, die ja, soweit sie selbst persönlich in Frage kommen, das „künstliche Halten“ von Erzeugnissen auf dem Wege der Genossenschaft aus dem ff. vertreiben, werden natürlich trotz dieser gemäßigten Auseinandersetzung fortfahren, sich als die Retter der Mittel- und Kleinmüllerei aufzuspielen.

Die Antwort der Landwirte zeigt aber auch, welche Windmüllerei es war, als die Marxisten gelegentlich der letzten Reichstagsanfrage im Reichstage eine gefasste Umlaufsteuer für die Windmüllerei „im Interesse der Kleinmüller“ forderten.

Den Staat gerettet.

hat der Arbeiter August Böhm von B... gegen den Maurer Reinhold Heinrich von B... in einer Hebererkläre wegen des alten preussischen Preussengesetzes von Anno domini auftrat. In der Nacht vom 4. zum 5. Juni d. S. waren in Kösenhof und Umgebung rote Plakate angebracht worden, auf denen mitgeteilt wurde, daß der Arbeiterstand in Kösenhof kein Lokal zu Verammlungen zur Verfügung habe. Die Bitte der Lokale lehnten die Unterhandlung mit den Arbeitern ab. — Der Maurer Reinhold, der ein solches Plakat angebracht hatte, erhielt ein Strafmandat, beantragte aber richterliche Entschuldigend, da er sich nicht strafbar gemacht haben wollte.

Vor dem hiesigen Schöffengericht trat aber der brave Arbeiter Böhm als Belastungszeuge auf und behauptete, er habe in fraglicher Nacht gesehen, wie Heinrich über ein frisch angelegtes Plakat mit der Hand hinweggeschritten habe. Böhm's Frau unterliege die Angaben ihres Mannes. Es war in jener Nacht noch eine zweite Version bei Gericht gewesen, die aber erklärte, von dem Aufsteher der Plakate nichts bemerkt zu haben. Verurteilt wurde in der Verhandlung, daß solch rotes Papier eigentlich nur von Weibern, nicht von Privatpersonen verwendet werden dürfte. Heinrich wurde zur Zahlung einer Geldstrafe von 10 Mk. verurteilt.

Der brave nationale Arbeiter scheint Kriegereverleiner zu sein. Wichtigens sieht er ganz so aus.

Merzbuch. Der Kreisblatt-Redakteur vor Gericht. Wegen unerlaubten Nachbruchs, Verletzung des Urheberrechts, war der Kreisblattredakteur und Buchdrucker-Verleger Rudolf S... von hier vor der Strafkammer angeklagt. Er ließ am 21. Juni d. S. einen der neuen Gesellschaftlichen Korrespondenzen entnommenen Artikel mit der Signatur: Königin Luise und Kaiser Wilhelm I. unerlaubt nachgedruckt haben. In dem Artikel handelte es sich im wesentlichen um die Beschreibung eines Bildes. Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben, denn nach dem Urheberrechtsgesetz wäre

Besonders billiger Gelegenheitskauf von Tischtüchern und Servietten.

Jacquard-Tischtücher
Halbleinen, teilweise gestümt, schöne Muster

Größe	115x125	115x155	115x150 cm
Stück	1.30	1.60	1.80 Mk.
Größe	180x160	180x225	180x270 cm
Stück	2.50	3.60	3.90 Mk.

Servietten dazu passend, 1/2 Dtzd. 2.60 Mk.
Nur soweit Vorrat.

Jacquard-Tischtücher
Reinleinen, geschmackvolle Muster

Größe	115x115	115x125	130x130	130x160	130x200 cm
Stück	2.00	2.50	3.10	4.00	5.20 Mk.
Größe	165x165	165x200	165x230	165x300	165x330 cm
Stück	5.00	6.00	7.25	9.40	10.50 Mk.

Servietten, dazu passend, 65x65 cm, 1/2 Dtzd. 4.50 Mk.
Vollweiss gebleicht Jacquard 180x170 cm 4.50 Mk.
Servietten 65x65 cm, 1/2 Dtzd. 5.25 Mk.
Nur soweit Vorrat.

Jacquard-Tischtücher
Reinleinen, aparte schöne Muster

Größe	115x115	115x125	130x130	130x165 cm
Stück	1.60	1.75	2.95	3.50 Mk.
Größe	130x225	130x300	165x165	165x200 cm
Stück	5.00	6.50	3.65	4.30 Mk.

Größe 165x330 Servietten 60x60 cm
Stück 7.25 1/2 Dtzd. 2.85 u. 3.50
Nur soweit Vorrat.

ca. 2000 Dutzend Handtücher

hervorragend preiswert.

Handtücher	Handtücher	Handtücher	Handtücher
Grau Drell 48x110 cm 1/2 Dtzd. 1.80	Weiss Drell 48x110 cm 1/2 Dtzd. 1.80	Weiss Gerstenkorn m. Kte. 48x100 cm 1/2 Dtzd. 1.70	Halblein Jacquard 48x110 cm 1/2 Dtzd. 3.00
Grau 1/2lein. Drell m. Kante. " 2.50	Weiss Drell, schwere Qual. 48x110 " 2.20	Halbl. Gerstenkorn " 48x110 " 2.80	Reinlein Jacquard " " 4.25
Grau reinl. Drell " " 3.60	Halbl. Haussmacher-Drell 47x110 " 3.10	Halbl. Gerstenkorn " " 3.30	Reinlein Jacquard 50x110 " 4.50
Grau reinl. Drell, graugestr. " 3.75	Weiss Halblein. Drell 50x110 " 3.75	Halbl. Gerstenkorn, Drell " " 3.30	Reinlein Jacquard 50x115 " 5.75
Militär-Handtücher 46x110 " 2.80	Weiss reinl. Drell 48x115 " 4.50	Halbl. Gerstenkorn m. Atl.-Kte. " 3.40	
Militär-Handtücher 48x110 " 3.50	Weiss reinl. Drell 50x115 " 5.00	Reinl. Gerstek. glatt u. m. Kte. " 3.75	
Militär-Handtücher Ia. 48x110 " 3.90	Weiss reinl. Drell Ia. 50x115 " 5.00	Reinl. Gerstek. " " 48x115 " 4.50	

Seiten billig. Posten gestreifter Bettsatin für Bezüge 84 cm br. Meter 55 Pl. schwere Eis. Ware 130 " 85 Fertige Bettbezüge hiervon 1 Deckbett 80 Seiten 2 Kissen, Garnitur 5 Mk. billig.

Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Versuchen Sie bitte Knäusels Tafelwunder! Sie sind zufrieden!

Marke Alligator
der schönste und eleganteste
Herrn- und Damenstiefel

in den Preislagen:



Jedes Paar

6⁷⁵

Extra-Qualität **8⁵⁰**

Allein-Verkauf für Halle:
Schuhwarenhaus zum Alligator
Grosse Ulrichstr. 18, Ecke Bölgasse.

Besichtigen Sie gefl. unsere Fenster!

Strickwolle

16	Prima	1/8 Pfund	45 Pf.
16	Super	1/8 Pfund	50 Pf.
16	Super Extra	1/8 Pfund	60 Pf.
16	Altenburger	1/8 Pfund	72 Pf.
18	Altenburger Extra Pr.	1/8 Pfund	87 Pf.
	Schweisswolle Prima	1/8 Pfund	83 Pf.
	Kameelhaargarn beste Qualität	1/8 Pfund	78 Pf.
	Schafwolle nicht einlaufend	1/8 Pfund	49 Pf.
	Sportwolle	Rockwolle	Zephyrwolle.

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Sonntag, 23. Oktober nachmittags 3 Uhr im „Lindenhof“ zu Kröllwitz

Oeffentl. politische Versammlung.

Tagesordnung:

Tagespolitik und Klassenkampf.

Referent: Redakteur Genosse **Honnig**, Halle a. S.

➔ **Verschiedenes.** ➔

Freie Diskussion. **Freie Diskussion.**
Einem recht zahlreichen Besuch sieht, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung entgegen

J. U.: **Karl Reitwand**, Barz 42/43.

➔ Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt. ➔

Suppenklinik und Puppenlager

Der Puppenknecht kauft grünen und bittet, die franken Kiedlinge recht bald zu schicken, daher sie recht schnell gefund machen kann. Puppengeräten unerschütterlich in verschiedenem Breiten, auch von ausgetümmtem Fein.

Heinrich Krolow's Witwe.
Zeit 19 Jahren neben Böge's nur Geffir. 16. Normaluhr.
— Bitte anschieben. —

Prima Salon-Briketts
von vortügl. Heizkraft empfiehl. bei sofortig. Befellung, in Größen von 50 Zentner aufwärts

C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

60 Pfennig
pro Zentner frei Haus

Hugo Messing,
Georgstraße 3. grüner Hof. Tel. 464. Tel. 3830.

Einladungsbrief
Carl Schade,
15 Brandenburgerstr. 15.

1 Deckel mit Schlüssel und 16 Blatte enthalten. Abzugeben gegen Bezahlung
Brannenstraße 68.

Joseph
Cigaretten.
Erstklassige deutsche Marke

Burghardt & Becher,
Leipzigerstr. 10. — Mitgl. d. Rab.-Sp.-V.

Kohlenkasten
Kohleneimer
Kohlenlöffel
Ofenvorsetzer
Ofenschirme

Grosse Auswahl. Billige Preise.

Der Feldzug in Moabit.
Extrablatt des Wahren Jacob.
Preis 10 Pfennig.

Sie beziehen durch alle **Austräger** und die **Volks-Buchhandlung,**
Halle a. S., Barz 42/43.

Artern.
Achtung! Arbeiter!
Montag den 24. Oktober
Recht auf Bahnhöfe Artern
ein Waggon ante

Speise-Kartoffeln
(auf Sandboden gewaschen) zum
Preis von 2.00 4 pro Zentner
zum Verkauf.

August Schäfer.

Ständes. mtl. Nachrichten.
Salle-Süd Steingeg. 2) 18. Okt.
Angehörig: Hofbrotbäckerei
und Anna Kröner (Kleberstr.
4 und Streiberstr. 16).
Gärtner: Schulze, Hauswirt
Jahnsdorf u. Kaufmann Eber
Widmann und Wenzel.

Glühlichter
Nr. 22.
Preis 10 Pf.

Sie beziehen durch alle **Aus-
träger** und die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Barz 42/43.

Arbeitsmarkt
Ein Austräger für
das Volksblatt
Rossleben gesucht.

Sie melden beim Genossen **Bü-
horn.**

Redegewandter Mann
für den Verkauf von Aepfeln
sowie bei hohem Lohn gesucht.

Sie melden:
Breitenstrasse 23a, III.

Wer schriftl. Nebenbedienst-
lucht, sende sofort seine Adresse
unter V. H. 22 an die Exp. d. Bl.

Gesucht sol. a. l. Ort Lüne, auch Frauen, w.
Vertr. hochbegl. hoch. erskl. Wahnachts-
Übern. Hoch. Verd. 1. Jahrb. Ausk. vollst.
kostenlos a. l. solort. **Horn, Wolf,**
Zwickau Sa., Nordstrasse 30.

Zum Beginn d. Handwerkerschule
empfehle:
Reisszeuge, Reissbretter, Reisschlenen,
Winkel, Lineale, Zeichenbogen, Pauspapiere,
chines. Tusche, Grundfarbenkasten, Radler-
gummi, Bleistifte, Reissnägeln, Pinsel etc.
in nur besten Fabrikaten und nach Vorschrift billigst.

Albin Kentze, Schmeerstr. 24.

Hall. Wappen-Kaffee
— Packung ges. geschützt —
in den Preislagen von 1.10 bis 2.10 Mk. das Pfund.

Meine Spezialmischung:
1 Pfd.-Pack. 60 Pfg., 1/2 Pfd. 30 Pfg.,
ist ein Getränk von grösster Ergiebigkeit und
Bekömmlichkeit u. somit sowie infolge des billigen
Preises besonders zu empfehlen.

A. Trautwein,
Gr. Ulrichstrasse 31. — Tel. 1421.
Kaffeerösterei mit elektrischem Betrieb.

Kribbel-Krabbel
gegen Kopfschmerz.
Ber. gleiche 30 und 50 Wfg.
Nur echt in der
Brogerie Max Rädler,
Rauhschiffstrasse 2.

Reisszeuge
mit guten Instrumenten bei
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Nähmaschinen
gut und
billig bei
Gust. Lerche
Hilf. man
reparieren
bei **Lerche**, St. Ulrichstr. 33.

Neben Seidensab-
schlachten
Empfiehlt meine Kausch-
+ Fleisch- und Wurstwaren.
Karl Tänzer,
Gr. Brau-
ereistr. 11.

Neueste Amerikanische Formen!

5 Prozent in Rabatt-Sparmarken.

Empfehle ganz besonders frisch eingetroffene Mollerei-Butter 1/2 Pf. 62 Pf. 5% Rabatt. Albert Knäusel.

Tischlampen
mit guten Brennern.
C. F. Ritter,
Leipziggrasse 90.

Billigste Bezugsquelle für
neue Möbel.
Wie bekannt, erhalten Sie bei mir die billigste.
Wohnungs-Einrichtung
von 150-5000 M. in nur guter Ausführung.
Einzelmöbel
in allen Holz- u. Stilarten.
Friedrich Peileke,
Möbel-Magazin.
Gegr. 1888.
Telephon 2150. Geiststr. 25.
Eigene Tischlerei u. Polsterwerkstätte im Hause. Mein Geschäft ist Sonn- und Feiertags geöffnet.

Hallo!
Extra-Angebot in den Artikeln der
Damen - Schnelderei
Zaunleiste, Schweissblätter, Knöpfe, Besätze, Festonbörchen, Schürzenbesätze von 2 Pf. an per Meter.
A. Wellenbach, Markt 1.
5% Rabatt als Mitgl. d. Rab.-Sp.-V.
! Rossfleisch!
Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur delikat bei
A. Thurm,
Kellstrasse 10.

Plättmaschinen von 50 Mark an.
Sprechapparate in jeder Preiskategorie.
Anterplatten (Kupferblech) 2 Stück 2 Mk.
Otto Hänisch,
Zurmitzstr. 136.
Kein Laden - aber billigste Bezugsquelle.
Nähmaschine, Dachritzstr. 9, 1.

Linoleum - Läufer
von 70 Pf. an p. Mtr.

Linoleum - Teppiche
von 3.25 Mark an p. Stück

Linoleum-Reste.

Linoleum-Vorlagen 30 Stk.

Wachstuch-Reste
in allen Farben u. Mustern
Netz in großer Menge vorräthig.
60x100 von 40 Pf. an per Mtr.

Hugo Nehab
Nachf.,
27 Gr. Ulrichstr. 27,
66 obere Leipzigerstr. 66.
Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten.

Allgem. Konsum-Verein Halle a. S. u. Umg.

(e. G. m. b. H.)

Schluß-Bilanz für 30. Juni 1910.

Aktiva.		Passiva.	
An Depositen	1819 50	Bei Mitglieder-Guthaben	158490 23
„ Großverkaufsgesellschaft	13512 90	„ Dispositions-Fonds	47661 82
„ Debitoren	2956 50	„ Rationen	12533 97
„ Waren	136836 36	„ Reserve-Fonds	63681 13
„ Kasse	162091 70	„ Sparmarken	2233 —
„ Kasse	10394 51	„ Hypothek	305741 41
„ Kasse	55 10	„ Sparkasse	116609 21
„ Kautobafarbeiter-Gewerkschaft Nordhausen	11241 34	„ Kreditoren	32070 76
„ Effekten	4000 —	„ Lieferanten	22601 25
„ Grundstück Landbergerstraße	161375 63	„ Rabattsparguthaben	206594 32
„ Vorzeitig erhebenes Rabattsparguthaben	11143 20	„ Noch zu zahlende Unkosten	4850 —
„ Pferde und Wagen	—	„ Reinerübrigung	91226 13
„ 25 % Abschreibung „ 2625.75	7877 25		
„ Utensilien I	3987.10		
„ 10 % Abschreibung „ 308.70	29733 40		
„ Wägerei-Utensilien	6480.10		
„ 10 % Abschreibung „ 648.—	5814 10		
„ Maschinen	99147.45		
„ 10 % Abschreibung „ 9914.70	89232 75		
„ Gebäude I (Landbergerstr.)	33081.88		
„ 1 % Abschreibung „ 3308.81	327078 07		
„ Gebäude II (Eichenborststraße)	35032.70		
„ 1 % Abschreibung „ 350.32	34682 38		
„ Gebäude III (Körnerstraße)	53271.35		
„ 1 % Abschreibung „ 532.71	52738 64		
	1065293 23		1065293 23

Mitglieder = Bewegung.

Mitgliederbestand am 1. Juli 1909	8440
Zugetreten im Laufe des Geschäftsjahres	791
	9231
Hiervon scheiden aus	509
Mitglied-Mitgliederbestand am 1. Juli 1910	8722
Die Geschäfts-Guthaben der Mitglieder betragen am 1. Juli 1909	Mk. 160 318.75
Berminderung im Jahre 1909/10	828.52
Der Gesamtbetrag der Geschäfts-Guthaben ist am 1. Juli 1910	Mk. 159 490.23
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 1. Juli 1909	Mk. 211 000
Bermehrung im Jahre 1909/10	7 050
Die Haftsumme der Mitglieder beträgt am 1. Juli 1910	Mk. 218 050

Allgem. Konsum-Verein für Halle a. S. u. Umg. (e. G. m. b. H.).

Der Vorstand.

R. Schulze. E. Reitzenstein. H. Gelhaar.

Vorstehende Bilanz nebst Ertrags- und Verlust-Konto haben wir geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Der Aufsichtsrat.

O. Tietze. K. Martin.



Man muss durch ...
die Praxis allein sich ein Urteil bilden.
Veruchen Sie die beliebte Pflanzenbutter-Margarine
„Palmato“
und Sie werden ihr als wohlschmeckendsten
und in jeder Beziehung vollkommensten
Butterersatz den Vorzug geben.
Überall erhältlich.
Billigste Fabrikanten: H. L. Mohr, s. m. u. n. Altona-Bahrenfeld.

Achtung! Neu eröffnet!
Alter Markt 4, Ecke Kutschgasse.
Empfehle prima Kinofilm zum Boden 65 und 70 Pf., zum Boden 75 und 80 Pf., Schweinefleisch 80 und 85 Pf., Knackwurst 90 Pf., Salzkorn 1 Mk. M. Bode.
Alle Parteischriften empfehle ich **Volksbuchhandl.**
Emaill-Schmortöpfe billigste Preise bei **C. F. Ritter,** Leipziggrasse 99.
Ziegen-, Hasen-, Kaninchen- sowie alle Sorten Felle u. Häute kauft J. Bernhardt, Sellnerstr. 4.
Großer Garderoben-Schrank, prachtv. Nüchsele, zwei Eifel, kurze Zeit gebraucht, praktische Bettstelle mit Matratze, Waschschüssel, Spiegel mit Schränken, Schreibtisch, Kleiderkasten, Waschtisch sehr billig zu verkaufen. Geiststr. 21, 1. Tr.
Makulatur verkauft die **Genossenschaftsdruckerei.**

3 Könige
Steine Klausstraße 7
Sonntag von nachmittag
4 Uhr ab
Veronis.
Bis nachts 2 Uhr warme Küche.
Guten Mittagstisch.

Restaurant und Gartenlokal
Erholungsheim „Heide“
Lettiner Ecke
Empfehle meine neuereordneten Lokalfitäten zur gefl. Benützung.
Joh. Jänicke.

Osmünde.
Sonntag u. Montag
den 23. und 24. Oktober:
Kirmes
Wogu mit selbstgebackenen Kuchen und bestem Getreide- u. Gänsebraten u. aufwärte. — In beiden Tagen von 3 Uhr an **Handgeflecht**
Salimusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
A. Augustyniak.

Ammendorf.
Helios-Theater.
Kinemat. Vorführung
lebender, sprechender, singender u. musizierender Photographien.
Jeden Freitag, Samstag u. Sonntag neues, interessantes u. lehrreiches Programm.

Jede Mutter
bewahre ihr Kind vor
Skropheln,
einer heft. Krankheit, Ausbreitung durch
Hingeben von
Medicinal-Lebertran-Emulsion.
Bestes
Nährungs- u. Stärkungsmittel.
Erlaubt das Zahnem.
Flasche 1 Mk. und 2 Mk.
Drogerie
Max Rädler, Rannischestr. 2.

Fertige Betten
Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen von 15 Mk. an bis zu den feinsten in großer Auswahl.
Alb. Hammer,
Geiststrasse 52, Telephon 2675. H.-Sp.-V.

Strümpfe
und
Socken
solide bewährte Qualität, kauft man gut im Spezialgeschäft von
Gebr. A. u. H. Loesch,
Gr. Ulrichstraße 36
Steinweg 30.

Prima Hofen
u. Rannichen verfl. äußerst preiswert
Walter Raue, Jakobstr. 15, 1.

Waschgefässe
Donnerst. Billig. Otto, Geiststr. 68.
Frische Knickeler
Spezial-Eier-Grusshandlung
3 Et. 10 Stf. 7 Zalamitstraße 7.
Hausschlachten nimmt an
Herrn Pretzsch, Caneu.
Sämtl. i. Halle a. S.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Zigaret. — Druck der Hallejs. Genossensch.-Buchdruck. (e. G. m. b. H.). — Bezugspreis: vormal. Aug. 60 Pf. jetzt 4. 50 Pf. n. g.